

1073

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Riese Strasse Nr. 5/6, und durch Postbesteller zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von März 20 M. Durch die Post bezogen M. 3.50, frei ins Haus M. 3.90, wo keine Post am Orte M. 3.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbedingungen: beträgt für die halbjährige Colonatzeit oder deren Raum 25 Pfennige für arbeitsmarkt, Berlin, und Bestellungen in anderen 15 Pfennige. Abbestellungspreis 25 Pf. Subskribenten für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 64.

Breslau, Donnerstag, den 16. März 1911

22. Jahrgang.

Millionäre Preußens!

Wahret Eure heiligsten Güter!

Eine Aktion zum Schutze schamhafter Millionäre hat die Berliner königliche Staatsanwaltschaft eingeleitet, indem sie die Korrekturbogen des Martin'schen Jahrbuches der Millionäre beschlagnahmt.

Der Regierungsrat a. D. Martin hat sich die Arbeit gemacht, aus der amtlichen Einkommensteuer-Statistik und den preußischen Landtagswählerlisten das Vermögen der reichsten Leute in Preußen zu ermitteln. Einen Teil der ermittelten Resultate hat er schon in seinem Buche „Unter Scheinverker“ veröffentlicht. Eine gründlichere Darstellung der einschlägigen Verhältnisse sollte in dem angekündigten Jahrbuch der Millionäre erfolgen.

Herr Martin lies das Buch durch seine Verlagsbuchhandlung wie folgt ankündigen:

„Hierdurch beehren wir uns Ihnen mitzuteilen, daß sowohl Ihr Vermögen als auch Ihr Einkommen beziffert ist in dem Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen“, welches der frühere Regierungsrat im Reichsamt des Innern, Rudolf Martin, in unserem Verlage erscheinen läßt. Zugleich enthält dieses Jahrbuch eine ausführliche Biographie einer jeden Persönlichkeit unter den rund 8300 Millionären Preußens, welche durch ihr Vermögen oder durch ihre soziale Stellung hervorragt. Bei einer Reihe von Millionären ist die amtliche Steuereinschätzung von Beginn der preußischen Einkommensteuer im Jahre 1892 und Vermögenssteuer im Jahre 1895 an genau ermittelt und für jedes einzelne dieser 18 Jahre bis einschließlich des Jahres 1909 genau veröffentlicht worden.“

„Pfeiff du aus die Luke?“ — mag mancher auf gut Berlinisch ausgerufen haben, wenn er diesen Bunt nicht mit dem Jauchepfeil, sondern schon mit dem ganzen Bauzaun zu Gesicht bekam. Also nicht bloß das gegenwärtige Vermögen und Einkommen ist genau beziffert, sondern bei einer Reihe von Millionären ist die amtliche Steuereinschätzung seit 1892 genau ermittelt und genau veröffentlicht.

Einige Millionäre, denen die öffentliche Klarlegung ihrer Vermögensverhältnisse nicht paßte, wandten sich beschwerdeführend an den Finanzminister. Dieser ließ zu seinem Kollegen von der Justiz, und alsbald setzte sich auch die Staatsanwaltschaft in Bewegung. Diese veranlaßte die Beschlagnahme des unter der Presse befindlichen Wertes, und da die Beschlagnahme natürlich nicht anders als rechtlich begründet sein kann, unterstellte man, daß sich der Verfasser das Material auf unrechtlche Weise durch Berechnung eines Beamten verschafft habe.

Herr Martin aber richtet jetzt an den Justizminister einen offenen Brief, worin er die Einleitung einer Untersuchung gegen die Beamten der Staatsanwaltschaft fordert, da diese offenbar ungesetzlich gehandelt hätten. Er schließt sein Schreiben nicht ohne Humor:

„Der Unwille einzelner Millionäre, die sich mit Bescheidenheit neuerdings an den Herrn Finanzminister im Hinblick auf mein kommendes Jahrbuch gewandt haben mögen, sollte sich nicht gegen mich richten, sondern gegen den preussischen Ministerpräsidenten, der noch nichts zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts getan hat, und gegen den preussischen Herrn Finanzminister, der vorgeschlagen eine durchsichtige amtliche Statistik des Vermögens und Einkommens zur Veröffentlichung gelangen läßt.“

Man braucht kein Prophet zu sein, um den Ausgangsvoraussehen. Eine Untersuchung gegen die Staatsanwaltschaft wird nicht eingeleitet werden, dagegen wird man das beschlagnahmte Werk wieder freigeben müssen, und damit wird die königlich preussische Justizverwaltung um einen peinlichen Mißerfolg, Herr Martin aber um eine Kellame reicher sein.

Darüber hinaus hat diese neue Skandalaffäre doch ihre erhebliche prinzipielle Bedeutung. Es gibt kein Gesetz, das die öffentliche Darlegung von privaten Vermögensverhältnissen verbietet, und es ist ein starkes Stück, wenn man versucht, durch überhöhlte Interpretationen einen Schutz für Millionärsinteressen zu schaffen, der gesetzlich nicht begründet ist.

Solche zärtliche Rücksichtnahme auf das Schamgefühl der Millionäre vertritt sich auch nicht mit den Interessen der Allgemeinheit. Das Volk, das die Millionen schafft, hat das Recht, die Erfolge kennen zu lernen, die seine Arbeit für fremde Taschen gehabt hat. Ein Millionenvermögen ist aber keine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit.

Wer sich scheut, in das Jahrbuch der Millionäre zu kommen, für den gibt es einen bequemen Weg, sich den damit verbundenen Unbequemlichkeiten zu entziehen. Fonds und Stiftungen gibt es genug; außerdem falls wäre sogar der sozialdemokratische Parteikassier bereit, unseren millionenreichen Mitbürgern den Rückzug in ein bescheidenes Privatleben zu erleichtern. Wer aber ein großes Vermögen, das einem nicht unwesentlichen Bruchteil des sogenannten Nationalvermögens darstellt, durchaus in seiner Privatverwaltung behalten will, der wird es sich schon gefallen lassen müssen, daß ihm die Nation gelegentlich einmal über seine Schulter weg in die Börse schaut.

Das Recht der Geheimhaltung privater Vermögensverhältnisse ist ein süßes Erbsäck aus der Zeit des Mandarliberalismus. Dieses Recht noch über seinen bisherigen Umfang hinaus willkürlich zu erweitern, geht durchaus nicht an. Die Dreihundert, die nach Rathenaus bekanntem Ausspruch Europa wissenschaftlich (und zum guten Teil auch schon politisch) regieren, haben kein Recht auf Unonhmität.

Millionäre Deutschlands! Eure Güter sind vom Proletariat erschaffen, das Proletariat hat ein Interesse daran, zu erfahren, was es für Euch erschuf.

Inzwischen mußte Martin's Buch wieder freigegeben werden. Das geschieht nach der Nordd. Allg. Ztg. mit folgender Begründung: Im eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurde festgestellt, daß die von Martin in dem Manuskript angeführten Zahlen über das Vermögen und Einkommen der angeführten Personen mit den in den Steuererklärungen, Vermögensanzeigen und Staatssteuerlisten enthaltenen auch nicht annähernd übereinstimmen, so daß sich der nach dem Zielkular der Verlagsbuchhandlung begründete Verdacht, daß dem Verfasser amtliches Veranlagungsmaterial zur Verfügung gestanden habe, nicht aufrechterhalten ließ. — Darauf wird Martin die Antwort ja nicht schuldig bleiben.

Politische Uebersicht.

Ein internationaler Frauentag.

Der Gedanke, die Propaganda für das Frauenwahlrecht durch Veranstaltung sogenannter Frauentage auf eine agitatorisch wirksame breite Basis zu stellen, ist aus Amerika gekommen. Auf der Frauenkonferenz in Kopenhagen beantragte Genossin Zelfin, in allen Ländern alljährlich solche Veranstaltungen zu treffen. Der Antrag fand lebhafteste Zustimmung. Im Verfolge eines Beschlusses des letzten deutschen Parteitages ist dann die Veranstaltung eines Frauentages in Deutschland auf den 19. März d. J. festgelegt worden. Diesem Vorgehen haben sich bereits drei andere Länder angeschlossen, nämlich Dänemark, Ungarn. Hier soll in ähnlicher Weise wie bei uns am 19. März für das Frauenwahlrecht demonstriert werden. Der kürzest haben sich weiter die Genossinnen in der Schweiz entschlossen, ebenfalls am 19. März im ganzen Lande Versammlungen zu veranstalten des Frauenwahlrechts abzuhalten. In letzter Woche ist zu den Ländern, in denen am 19. März nach einem großzügigen Plane Propaganda für die Frauenrechte gemacht werden soll, auch noch Dänemark gekommen. Auch dort hat eine lebhaft Agitation eingesetzt, um die Versammlungen zu einer eindrucksvollen Demonstration zu gestalten.

So wird der 19. März ein Tag der Internationale und die Genossinnen können stolz darauf sein, daß dieser Tag internationaler Kundgebung der Forderung des Frauenwahlrechts gilt. Wir geben die einzelnen Veranstaltungen in Schlesien noch bekannt.

Der „vaterlandslose“ Nationalliberalismus.

Der Wahlausbruch der nationalliberalen Partei in Sieben hat, wie mitgeteilt, mit 13 gegen 5 Stimmen für die Stichwahl am 21. März Stimmenfreigabe beschlossen. Die bisherigen Führer der Siebener Nationalliberalen, Kaufmann, Nusch und Krausmüller, die für Unterstützung des Antisemiten eintraten, haben infolgedessen ihre Vorstandsstimmen niedergelegt.

Der Zug der Massen geht unabwehrlich nach links. Dieser Tatsache haben jetzt sogar die Siebener Nationalliberalen in ihrer Weise Rechnung getragen. Eine Parole für den Sozialdemokraten auszugeben und damit für Innenstädte-Stunden Gegenseitigkeit zu üben, so weit reicht die nationalliberale Entschlossenheit freilich nicht. Über selbst der heftigste Nationalliberalismus will seinen Nachen nicht an das sinkende Schiff des schwarz-blauen Blocks leiten, er gibt die Abstimmung frei und erlegt, damit an, daß auch die nationalliberalen Wähler berechtigt sind unter Umständen durch die politische Lage genötigt sind, in der Stichwahl den Sozialdemokraten zu wählen. Was meint dazu Herr Grund, der nach den schwarz-blauen Stimmen schießt?

Daß das Vorgehen der Siebener Nationalliberalen für die kommenden allgemeinen Wahlen von großer Bedeutung werden kann, liegt auf der Hand. Bisher hat die Sozialdemokratie im Reichstage noch niemals die Mandatszahl erreichen können, die ihrer Stärke im Volke entspricht. Daran war nicht nur die Ungleichheit der Wahlkreise schuld, sondern auch der Umstand, daß die 2 1/2-3 Millionen der liberalen Wähler, soweit sie bei Stichwahlen zu entscheiden hatten, regelmäßig in ihrer großen Mehrheit nach rechts abschwanken. Nebenbei die Liberalen ihr Verhalten, so besteht für die Sozialdemokratie die Möglichkeit, das Mißverhältnis zwischen Wähler- und Mandatszahl wieder etwas abzumildern. Rechte und Zentrum aber können selbst mit den Polen zusammen, in die Winderheit gedrängt werden. Auf diese Weise muß aber auch der parlamentarische Einfluß der liberalen Parteien hergehen, da dann

ohne ihren Zutritt die Bildung einer Regierungsmehrheit nicht mehr möglich sein wird.

Für die Junker bedeutet es aber nicht mehr den Umfang, sondern das Ende des Endes, wenn sie in diesen schlechten Zeiten, da ihnen ihre eigenen Wähler in hellen Scharen davonlaufen, selbst auf die liberalen Hilfsbölcher nicht mehr zählen dürfen. Kein Wunder, daß der angstschwitzende Herr Dertel in seiner „Deutschen Tageszeitung“ die stärksten Beschwörungsformeln anwendet, um die ungehorsamen Geister wieder in seinen Dienst zu zwingen. Er verliest die Siebener Schredensnachricht mit diesem Kommentar:

„Trotz aller Gefährdungen hätten wir einen bezüglichen Weichling für schlechthin unmöglich gehalten. Kommt es anderwärts zu ähnlichen Beschlüssen, so scheidet die nationalliberale Partei aus dem Kreise der nationalen Parteien aus.“

Schallendes Gelächter wird diesen neuesten Bannstrich aus der Dessauer Straße begrüßt. Also auch die Nationalliberalen sind schon nicht mehr national? Schau, Schau, wer hätte es gedacht!

Vor vier Jahren bildeten die Konserwativen mit den Nationalliberalen und den Freisinnigen den „nationalen“ Block gegen die vaterlandslose Sozialdemokratie und das antinationale Zentrum.

Nach den Wahlen wurde das Zentrum wieder national, dem Fortschritt aber wurde die Würde der „nationalen“ Partei sofort nach dem Blocktrah feierlich aberkannt. Und jetzt ist die Kette an den Nationalliberalen. Auch sie scheiden „aus dem Kreise der nationalen Parteien aus“, weil sie nicht immer und auf alle Fälle wollen, wie der Bund der Landwirte will!

Die Entwertung des „nationalen“ Schlagwortes ist damit bis zu dem Punkt gediehen, an dem die tödende Lächerlichkeit beginnt. Und vielleicht auch der allgemeine Absichten! Denn es ist wirklich — auch der internationale Sozialdemokrat muß es empfinden — eine Schande für das deutsche Volk, daß ihm das Wort „national“ nicht mehr sein soll, als ein Mittel der schändlichsten Denunziation!

Sozialdemokratischer Stimmenzuwachs.

Die beiden letzten Reichstagswahlen haben der sozialdemokratischen Partei wieder einen beträchtlichen Stimmenzuwachs gebracht. Seit der Gründung des schwarz-blauen Blocks zeigen alle Reichstagsnachwahlen, insgesamt 19, ein beträchtliches Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmenzahl, wie die nachstehende Aufstellung beweist, in der wir dem Stimmengewinn die schätzungsweise berechnete Gesamtzunahme der Wahlberechtigten hinzugefügt haben:

	Zunahme der sozialist. Stimmen absolut	in Prozenten	Berechnete Zunahme der Wahlberechtigten ungefahr
Landau i. Pfalz	2050	= 31,8	600
Stollberg-Schneberg	2170	= 11,4	3000
Koblenz a. Rh.	670	= 30,8	2900
Coburg	1750	= 40,6	800
Vandenberg-Soldin	1070	= 16,6	1650
Dalle a. S.	3910	= 17,9	2500
Essen	2425	= 30,8	2500
Mühlhausen-Wipperfurth	2400	= 28,1	4000
Polen	871	= 63,2	5500
Neckar-Lud	285	= 45,2	550
Landeshut-Jauer	1420	= 25,5	600
Wiedom-Wollin	1550	= 24,9	700
Freiberg i. S.	3220	= 32,1	1200
Speyer	3220	= 20,8	1600
Warenburg-Bischoppau	3550	= 31,4	1900
Krausitz a. D.	2019	= 16,4	1100
Labiau-Wehlau	830	= 19,1	100
Rempten-Immenstadt	1805	= 90,4	1500
Sieben-Brda	1560	= 24,4	2500
in Summa	85681	= 24,2	95000

Im Durchschnitt ergibt sich demnach eine Vermehrung unserer Stimmenzahl um 24 Prozent, und zwar übersteigt in den meisten der 19 Wahlkreise die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei weitem die Zunahme der Wahlberechtigten: ein Beweis, daß die Sozialdemokratie nicht nur aus den Reihen der inwischen wahlberechtigt gewordenen neuen Wähler großen Zuzug erhalten hat, sondern auch auf bisherigem konservativen, liberalen und liberalen Terrain neue Anhänger gewinnt.

Weitere Abrechnung.

Die Reichstagsung vom Dienstag zog sich wieder sehr in die Länge. Die sozialpolitische Debatte zum Titel Staatssekretär des Innern brachte zunächst eine beachtenswerte Äußerung des Herrn Hansen gegen die Polizeischlägen in Nordböhmen und dann eine recht nichtsfagende Wahlrede des Zentrum's-Abgeordneten Müller. Der Konserwativen Graf von Wertheimliche Schutz aufrecht und schalt auf das Dreikönig, verheißt sich nur auf das Mößle. In temperamentvollen Ausführungen geistelte Genosse da das Regiment der Sozialdemokraten und der radikalen Sozialisten. An dem entscheidenden Moment unter Kraftsprüchen nach, daß die offiziellen Redaktionen auf die

deutsche Sozialpolitik sich bei näherem Zusehen als halbobertrugungen herausstellt. Mit einer scharfen Kriegerklärung an das verbundene Scharsmachertum endete Genosse Hoch seine mit lebhaftem Beifall von unserer Fraktion aufgenommenen Ausführungen, auf die der Staatssekretär Delbrück mit schwächlich gewählten Ausflüchten antwortete.

Es folgten eine ziemlich belanglose Mittelstandsrede des Fortschrittlers Wieland, eine giftige Scharsmacherleistung des festen Camp-Masshauen, eine akademische Betrachtung des nationalliberalen Justizrats Junck, und eine, vielleicht von Wahlkreis-Rückfichten eingeebete, aber darum doch unerwennenswerte Rede des Einspanners v. Strombeck zu Gunsten der Hausierer, gegen die inhumanen Erdrosselungswünsche seiner eigenen künstlichen Fraktion.

Heilmittelwucher.

Dem Kapitalismus muß alles zum besten dienen. Jede neue Erfindung, jede neue Erfindung beurteilt er unter dem Gesichtswinkel des Verbleibens. In der neuesten Zeit ist es besonders die pharmazeutische Industrie, die zu einer wahren Goldgrube geworden ist. Mittel, die der leidenden Menschheit Hilfe oder Linderung bringen sollen, sind in erster Linie den kapitalistischen Profitinteressen dienstbar gemacht worden. Am krafftigsten tritt das neuerdings bei dem neuen Syphilitisheilmittel Ehrlich-Hata 606 in die Erscheinung.

Die Hächler Farbmühle haben an die Apotheken ein Zirkular verschickt, nach dem das neue Heilmittel jetzt unter dem Namen Salvarsan in Gläsern zur Verfügung kommt, die 60 Centigramm enthalten und für Apotheker 7,50 Fr. und im Wiederverkauf 12,50 Fr. kosten sollen. Das bedeutet für das Kilogramm 12.500 Fr. für Apotheken und 20.833 Fr. für den Wiederverkauf. Die Herstellungskosten werden von den Chemikern auf 4,50 Fr. für das Kilo gerechnet. Der Weltmarktpreis des Salvarsan ist 1 Fr. für das Kilogramm, arsenige Säure kostet etwa 1,60 Fr. das Kilogramm. Also noch nicht 5 Fr. Ausgaben bei einer Einnahme von 12.500 Fr. für ein Kilogramm.

Dieser Vorgang zeigt wieder, wie dringend nötig es ist, daß der Staat die Versorgung der Bevölkerung mit Heilmitteln in eigene Regie nimmt, um der schrankenlosen Ausbeutung so weit wie möglich ein Ziel zu setzen.

Die Verfassung für Elsaß-Lothringen.

In der Dienstagssitzung hat die Kommissionmehrheit den Kompromißvorschlag der Regierung angenommen. Mit 18 gegen 9 Stimmen wurde folgendem Zentrumsantrage zugestimmt:

„Das Reichsland Elsaß-Lothringen gilt im Sinne der Art. 6 Absatz 2 und Art. 7 und 8 der Reichsverfassung als Bundesstaat. Die Staatsgewalt wird in ihm vom Kaiser ausgeübt.“

Dafür stimmten Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittler, ein Reichsparteiler und ein Pole. Die Bestimmung, die im Antrag enthalten war, der Kaiser übe die Reichsgewalt im Namen des Reichs aus, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen gestrichen.

Die vorhergehende Debatte war sehr lebhaft. Der Reichsparteiler v. Dirksen beklagte das zu große Entgegenkommen der Regierung, das in der Genehmigung von drei Bundesratsstimmen liege. Die Bestätigung des Bürgermeisters Forrel in Metz habe einen üblen Eindruck gemacht. — Der Antisemit Craß erwidert in dem Entgegenkommen geradezu eine Entmannung Preussens. Daß die Elsaß-Lothringer für die Selbstständigkeit noch nicht reif seien, gehe aus ihrer ablehnenden Haltung gegen die Militärvorlagen hervor. In ähnlicher Weise äußerten sich auch die konservativen Abgeordneten Windler und Wagner, der in der Vorlage sogar ein Ausnahmegesetz gegen Preußen erblickte. Abg. Spahn erklärte die Zustimmung seiner Partei zu den Regierungsentschlüssen. Die Bestimmung, daß die elsass-lothringischen Bundesratsstimmen nicht gezählt werden sollten, wenn Preußen nur mit diesen Stimmen die Mehrheit haben würde, solle verhindern, daß der Einfluß Preussens im Bundesrat durch die Neuordnung verstärkt werde. Abgeordneter Müller-Meinungen und Abgeordneter Baffermann er-

kannnten an, daß Preußen ein gewisses Entgegenkommen gezeigt habe. Die sozialdemokratischen Redner, Böhle und Ledebour, erklärten, daß sie ihre endgiltige Stellung von der Gestaltung des Gesamtgesetzes abhängig machen würden, namentlich aber auch davon, auf welcher Grundlage die Landesgesetzgebung aufgebaut und wie das Wahlrecht gestaltet werde. Staatssekretär Delbrück bestritt, daß Preußen entmannt werde. Das würde richtig sein, wenn man Preußen die Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat abgetrotzt hätte. Aber Preußen selbst habe den entsprechenden Vorschlag gemacht. Die weitere Beratung wurde auf Mittwoch vertagt.

Protest gegen sächsische Methoden. In Vogelsberg bei Delbitz i. Vogl. haben sämtliche sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Erbklerne ihre Mandate niedergelegt. Unsere Genossen hatten im Gemeinderat die Mehrheit, und Genosse Alwin Müller, der dem Gemeinderat nun seit 12 Jahren angehört, wurde einstimmig zum Gemeindevorsteher gewählt. Die Amtshauptmannschaft verlegte die Bestätigung, da Müller sozialdemokratischer Kandidat sei. Eine Beschwerde an die Kreisamptmannschaft war erfolglos; es wurde vielmehr eine Neuwahl angeordnet, die aber wieder auf den Genossen Müller fiel. Man forderte die Amtshauptmannschaft Delbitz eine andere Wahl; das Amt werde sonst durch die vorerwähnte Beschwerde belegt werden, und außerdem würde die Gemeinde die Kosten zu tragen haben.

Der Gemeinderat entschied sich hierauf zu einer anderen Wahl, der nach 6 Wochen ebenfalls die Bestätigung verweigert wurde, da der Gemeindevorsteher der sozialdemokratischen Partei angehört. In einer öffentlichen Einwohnerversammlung wurde dann einstimmig eine Protest-Resolution angenommen, in der die Gemeindevertreter aufgebittet wurden, ihre Mandate niederzulegen. Dilemme besteht für die sozialdemokratischen Vertreter aus nachstehendem, sobald die Gemeinde Vogelsberg, ein Ort von etwa 3000 Einwohnern, genehmigt ohne beschlufsfähige Vertreter ist.

Landfriedensbruchprozess in Kottbus. Am Dienstag begann vor dem Landgericht in Kottbus ein Landfriedensbruchprozess gegen 15 Holzarbeiter, die im November 1910 bei der Firma Schäge & Söhne in Kottbus die Arbeit niedergelegt haben. Es kam zu Zusammenstößen mit Streikbrechern, bei denen der Arbeitsmittler Dörsch verlegt wurde. In der Verhandlung traten fünf Holzarbeiter, ein Geoderm und der Belegte als Belastungszeugen auf. Die Angeklagten wurden vom Rechtsanwalt Heintze-Vertin verteidigt. Das Urteil soll am Mittwoch gesprochen werden.

Medienburgische Wahlrechtskandidatur. Der neue Entwurf einer Verfassung für die beiden Medienburg macht diesem jenseitlich beherrschten Staatswesen alle Ehre. Der Landtag soll künftig aus 22 Abgeordneten bestehen. Die Gliederung ist in folgender Weise vorgesehen: 24 Abgeordnete stellt die Ritterschaft, 24 Bürgermeister treten als Abgeordnete in den Landtag ein, der ländliche Großgrundbesitz bestimmt 7, der ländliche Kleinbesitz 12 Abgeordnete, die städtischen Bürger wählen 10, die Landesbehörden und die Geistlichen je einen Abgeordneten, die wirtschaftlichen Berufsstände 7, die Handelskammer, die Landwirtschaftskammer und die Gewerbesteuerkammer je zwei Abgeordnete, die Großherzöge ernennen vier Abgeordnete — die Arbeiter geben zwölf Vertreter.

Der neue Entwurf ist mit seinem bekannten Anspruch wieder einmal im Auge gefasst worden; ein gleicher Erfolg an der Verfassung ist noch nie dagewesen. Die dreiklassige Wahlweise hebt sich in der Tat noch vorteilhafter gegen die Zusammenlegung des Landtags ab, wie sie jetzt in Medienburg beschlossen werden soll. Unsere Genossen werden den medienburgischen Wahlrechtskandidaten eine Antwort geben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen wird.

Kampf gegen die freie Jugendbewegung. Die Jugendorganisation in Frankfurt a. M. erhielt vom Polizeipräsidenten Schreyerberg die Mitteilung, daß die Jugendorganisation nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes als ein politischer Verein anzusehen sei und deshalb von ihm aufgelöst werde. Die Jugendorganisation hatte sich aber schon vorher selbst aufgelöst; die Mitglieder des Herrn Polizeipräsidenten war daher höchst überrascht.

Ausland.

Der Flottenbau. — Die Hochwassermarkt.

Die Debatten über Flottenbauten und Rüstungseinheit, die in der Nacht vom Montag zum Dienstag im englischen Unterhaus geführt wurden, verdienen auch in Deutschland die lebhafteste Beachtung zu finden. Haben sie sich doch in einem Maße, wie es in Debatten auswärtiger Parlamente selten vorkommt, um Deutschland und deutsche Verhältnisse gedreht. Sowohl der Erste Lord der Admiralität, Mac Kennan, wie der Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, gaben dabei ganz offen zu, daß das enorme englische Flottenbudget dieses Jahres, das in der liberalen Regierungspartei eine förmliche

Rebellion hervorgerufen hat, von der Befürchtung vor dem Anwachsen der deutschen Flotte diktiert ist.

Solche Erörterungen sind ja an sich nicht neu, sie gewinnen aber durch ihre bestimmte Wiederholung an Schärfe und Eindeutigkeit. Man kann heute in gewissem Sinne sagen, daß der Flottenbau zwischen England und Deutschland eine gemeinsame Angelegenheit geworden ist. Die Beschlüsse des deutschen Reichstags über den Bau der deutschen Flotte sind von entscheidender Bedeutung für die Verhandlungen des englischen Unterhauses über den englischen Marineetat, und umgekehrt wird der Fortschritt des deutschen Flottenbaus durch englische Schiffsbauten immer aufs neue angelegt. Ein solcher Zustand kann nicht ewig dauern, er muß zum Kriege führen oder zur Verständigung! Und da es vollkommen unsinnig ist, an einen Krieg zwischen England und Deutschland zu denken, da weder diesseits noch jenseits der Nordsee ein geistig gesunder Mensch einen solchen Krieg wünschen kann, so bleibt eben nur die Verständigung übrig.

Der englische Marineminister hat den Sturm der Erregung in den Reihen der Arbeiterpartei und des bürgerlichen Radikalismus durch die Erklärung zu beschwören versucht, der diesjährige Stand des Flottenbaus sei gleichsam eine Hochwassermarkt, vom nächsten Jahre an werde die Flut der Rüstungsaufgaben wieder zurückgehen; er war aber so vorsichtig hinzuzufügen, diese Erklärung gelte nur für den Fall, daß die Programme der anderen Mächte ihren normalen und beabsichtigten Verlauf nehmen.

Mit anderen Worten: England will durch die Anstrengung des diesjährigen Etats seinen Flottenbau auf eine Höhe bringen, von der aus es die Durchführung des deutschen Schiffbau-Programms mit Ruhe betrachten kann. Bringt aber die deutsche Regierung im nächsten Reichstag eine neue Flottenvorlage ein, und wird diese Vorlage genehmigt, dann wird es auch für England keinen Ausweg der Rüstungen geben, und die diesjährige „Hochwassermarkt“ wird unter einer neuen Titulatur verschwinden. Die Kämpfe um den nächsten Reichstag werden also die künftige Entwicklung der Rüstungsfrage von entscheidender Bedeutung sein.

Gewiß wird es in diesen Kämpfen nicht an chauvinistischen Stimmen fehlen, die unter Hinweis auf den neuesten Marineetat Englands eine Erweiterung des deutschen Flottenprogramms fordern werden. Ihnen wird zu entgegen sein, daß diese Erweiterung keineswegs ein Nachteil für Deutschland bedeutet, weil ihr, nach den unabweisbaren Erklärungen der englischen Regierung, unmittelbar und gleichsam automatisch eine noch viel stärkere Vergrößerung der englischen Flotte folgen würde.

Sinnlos muß aber ein Schluckpunkt gemacht werden. Europa kann nicht allen Stahl, über den es verfügt, in zwei Ozeanen wandern auf dem Meer spazieren fahren, es braucht auch Werkzeuge und Maschinen. Es kann nicht alle Menschen mit dem Bau von Schiffen und der Anfertigung von Kanonen beschäftigen, denn es braucht Leute, die die Felder bestellen und Brot backen. Das beliebte Schlagwort von der „nationalen Versicherung“, die durch Militär- und Marineausgaben bewirkt werden soll, wirkt geradezu lächerlich, da die Versicherungsprämien schon den Wert des Objekts an übersteigern drohen. Gaben doch die Rüstungen des letzten Menschenalters Leben der beteiligten europäischen Staaten so viel gekostet wie ein paar verlorene Kriege!

Die Vernünftigkeit des Gedankens, die fatale Versicherungsprämie durch freundschaftliche Verständigung und Winderung des Risikos herabzubringen, leuchtet unmittelbar ein. Darum wird auch die Sozialdemokratie das ihre tun, um die nächsten Reichstagswahlen zu einem liberaltierenden Friedensbekenntnis des deutschen Volkes zu gestalten. Ein Freundschaftsbündnis Deutschlands mit den Weltmächten, wie ihn die Sozialdemokratie anstrebt, bedeutet die Befreiung Europas von dem doppelten Alp der Kriegsfurcht und der wachsenden Rüstungskosten. Er bedeutet für keinen der beteiligten Staaten einen Nachteil, aber für alle zusammen unendlichen materiellen und moralischen Gewinn.

Mexiko und die Vereinigten Staaten.

Die demokratische Partei des Repräsentantenhauses wird nach dem Zusammenbrechen der außerordentlichen Session die Regierung La Fols interpellieren, weshalb eine so kostspielige Mobilisation vorgenommen wurde.

Die Regierung scheint eine rechtfertigende Antwort auf die Interpellation bereit zu haben, die insbesondere die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Neutralitätsgesetze betonen dürfte. Das Verhalten der Vereinigten Staaten Mexiko gegenüber erklärte sich übrigens aus der drohenden Möglichkeit einer intimen Annäherung Mexikos an Japan, und aus der die Monroe doktrin gefährdenden Erweiterung von Privilegien, die für die japanische Kriegsflotte ausgedehnt werden könnten. Einerseits werde die Haltung Mexikos dem mächtigen Nachbar gegenüber hier als erklärlich angesehen, in Anbetracht des erregten mexikanischen Charakters und der Empörung der mexikanischen Regierung darüber, daß die Revolution aus den Vereinigten Staaten Nahrung gezogen habe; andererseits rechtfertigt die neue Botschaft der Anwesenheit zweier Flotten über die mexikanischen Gewässer beherrschende Disposition.

Maria Hendrina von Goch.

Novelle von Louise Schütze-Drax.

(Nachdruck verboten.)

Der Eifer ging mit dem Alter hand, daß er alles vor Beert ansah. Aber hier ist schon gelassen zu. Wenn der Alte aus ihm auf gegeben hätte, dann hätte er wohl schon können, wie der Junge hat und nur nicht ansah. Aber als der Alte ihm ansah, daß er nun mit der Hendrina einig werden sollte, da schüttelte der Junge den Kopf. Der Alte konnte das empfinden. Das hatte auch sein Vater, Beert's Vater, schon gehabt, das war auch so ein Eifer gewesen. Der Alte fuhr höflich und zornig auf:

„Beert! Warum nicht! Was soll denn das heißen?“
„Beert von Beert sagt nicht. Er sagte nur die Hendrina.“
„Was soll denn das heißen?“
„Der Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“
„Beert hat die Hendrina nicht geliebt.“

Russische Patrioten als Spähduben. Abgesehen wurde auf Befehl des Senators Reichardt die russische Kasse in Petersburg zuriick.

Der Vorsitzende der russischen Kasse in Petersburg wurde wegen Expressuna und Besetzung verhaftet, nachdem ihm eine Reihe großer Unterschleife von russischen Geldern nachgewiesen werden konnte.

Sprachenregelung in Griechenland. Die Nationalversammlung beschloß nach den Vorschlägen der Regierung mit großer Majorität ohne namentliche Abstimmung zwei neue Vorschriften der Verfassung, durch die die jetzige griechische Schriftsprache als offizielle staatliche Sprache bestimmt, sowie jede sprachliche Umwandlung des altgriechischen Textes, des Evangeliums, der orthodoxen Kirche und ihres klerikalen Patriarchats ohne Zustimmung verboten ist.

Arbeiterbewegung.

Ein Sieg der römischen Buchdrucker. Die römischen Zeger und Buchdrucker, die seit ihrem verunglückten Streik von 1904 kaum eine Verbesserung ihrer Lage erzielt haben, sind nach längerem Verhandlungsdauer gelangt, die Unternehmer zur Annahme eines neuen Tarifvertrages zu zwingen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. März.

Zur Erinnerung an die Revolution von 1848 veranstaltet der sozialdemokratische Verein am kommenden Sonntag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus eine Märzfeier mit einem künstlerischen Programm.

Zum Streit der Holzarbeiter. In der Streikversammlung am Dienstag wurde klargestellt, daß keine Aussicht bestehe, die Mittel zur Weiterführung des Streiks aufzubringen.

Kollege Schwab, ein altes Verbandsmitglied, ermahnte die Kollegen zur Vernunft. Auch er war anfangs für den Streik gewesen, weil tatsächlich auch die Verhältnisse sehr traurig sind; er habe sich aber überzeugt, daß der Standpunkt, auf dem die Kollegen stehen, nicht der richtige sei.

Die Parteiverammlung wurde am 11. März in der großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehalten. Der Vorsitzende, Kollege Seibold, eröffnete die Versammlung mit einem Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahre.

Die Parteiverammlung wurde am 11. März in der großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehalten. Der Vorsitzende, Kollege Seibold, eröffnete die Versammlung mit einem Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahre.

Die Parteiverammlung wurde am 11. März in der großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehalten. Der Vorsitzende, Kollege Seibold, eröffnete die Versammlung mit einem Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahre.

27085 Portionen Mittagessen an die Armen unentgeltlich verteilt. An als verschänte Arme bezeichnete 34 Familien wurden außerdem Lebensmittel und Kohlen geschenkt.

Die öffentliche Versammlung der Rutscher aller Berufe, die Sonntag, den 12. März, saate, beschloß sich mit der Unterstützung der arbeiterschutzgesetzlichen Bestimmungen.

Der Koff- und Logiszwang im Bäckerberuf. Aus dem Kreise der Bäckergehilfen erhalten wir folgende Zuschrift: Die hiesigen Bäckergehilfen stehen beunruhigt mit ihren Weisern wegen der Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges in Verhandlungen.

Die Revolution von 1848. Freitag, den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die hiesige demokratische Vereinigung im großen Saale der Börse, Graupenstraße, eine öffentliche politische Versammlung.

Ein Tanzkränzchen findet am Sonntag Abends 8 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses statt, da von dieser Stunde ab der Saal von der Frauenversammlung nicht mehr gebraucht werden dürfte.

Straßenrennung. Der bisherigen Straße Friedrichsallee, die von der Loh- bis Hohenzollernstraße führt und in letzter Zeit weiter bis zur Kaiser-Wilhelmstraße hin angelegt ist, hat der Polizeipräsident auf Vorschlag des Magistrats die Bezeichnung „Friedrichsallee“ gegeben.

Straßenverengung. Die Michaelisstraße wird wegen Umpflasterung und Einbauens von Straßenbahngleisen zwischen Matiaz- und Weisstraße vom 16. März bis 8. April halbiert.

Selbstmord verübte die Bohrauerstraße 23 wohnende 35 Jahre alte Eisenbahngeliebin Gertrud Nummer. Sie litt seit längerer Zeit an Schmerz und hat in einem Anfall dieser Gemütskrankheit am Sonntag durch Erhängen ihrem Leben ein Ende gemacht.

Feuer in einer Seilerwarenfabrik. In dem Maschinenhaus der Seilerwarenfabrik von Raschke u. Döring, Frankfurterstraße 150, brach am Dienstag Abend, kurz nach 9 Uhr, vermutlich durch Selbstentzündung von Lumpen, Feuer aus, das aber rechtzeitig gelöscht wurde.

Schankeneinbruch. Bei dem Fleischermeister Gallwitz, Friedrich-Wilhelmstraße 21, ist in vergangener Nacht das Schankfenster eingeschlagen worden.

Metalldiebstahl. Von der Gartentür des Grundstücks Klaffenstraße 8 wurde in einer der letzten Nächte eine Messingdose gestohlen.

Gefunden wurden ein Portemonnaie mit Inhalt, ein braungefärbtes Hund, ein Handtäschchen mit Inhalt, ein Augenglas, zwei Schlüssel und ein Fahrrad.

Neueste Nachrichten.

Gescheitert. Berlin, 15. März. In parlamentarischen Kreisen betrachtet man nun das Geleß von der Errichtung von Arbeitskammern als gescheitert.

Folgen der Bändholzsteuer. Deffau, 15. März. Infolge des Darniederliegens der Zughaltischen Bändholz-Industrie wies die Anhaltische Regierung die Vertreter Anhalts im Bundesrat an, für die Befreiung der Bändholz-Erträge mittelst der Holzschneidemaschinen und sonstiger Industriemittel einzutreten.

Amüßliches Wahlergebnis. Gießen, 15. März. Nach der endgültigen amtlichen Feststellung sind bei der Reichstagswahl am 10. März im ersten hiesigen Wahlkreis Gießen-Gießen insgesamt 23 516 Stimmen abgegeben worden.

Table with 4 columns: Name, 1910, 1907, 1904. Rows include Beckmann (Soz.), Lorell (Fortsch. Vp.), Gieseler (Natl.), Werner (Antikem.), and a total of 7938.

Krach im Zentrum. München, 15. März. In bayrischen Zentrumskreisen ist große Erregung über den Gegensatz zwischen dem Abg. Dr. Heim und den preussischen Zentrumsabgeordneten in Sachen der Kaiserfrage bemerkbar.

Graces Leiche gefunden? Ostende, 15. März. Ein in vorgeschrittenen Zustande der Verwesung befindlicher Körper einer männlichen Leiche ist gestern im hiesigen Hafen abgefunden worden.

Zum Eisenbahnfenster hinausgeworfen! London, 15. März. Eine Dame namens Townsend wurde gestern Abend auf der Bahnfahrt von Bristol nach Cardiff in ihrem Abteil des Expresszuges von einem unbekannten Manne, der in Lancaster anstieg, angefallen und nach heftigem Kampfe, wobei der Mann sie zu erwidern versuchte, von ihm während der Fahrt aus dem Fenster geworfen.

Rußland und China. Paris, 15. März. Nach einer Depesche des „New Yorker Herald“ aus Petersburg hat ein aus Kavallerie und Artillerie bestehendes russisches Expeditionskorps Befehl erhalten, auf das erste Signal hin sofort die chinesische Grenze in der Richtung auf Kulditsch in Tschifan zu überschreiten.

Zur Lage in Mexiko. New York, 15. März. Trotz eines aus Washington ergangenen Dementis erhält sich hier hartnäckig die Mitteilung, daß die nach der mexikanischen Grenze entkiffte Arme bereits in Monatsfrist schon auf 40 000 Mann erhöht werden soll.

Wasserstands-Nachrichten der Oder. Table with columns for location, date, and water level. Locations include Kottbus, Guben, and others.

Berammungen und Vereine. Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 15. März: Transportarbeiter, Verammlung im großen Saale.

Neueste Nachrichten. Berlin, 15. März. In parlamentarischen Kreisen betrachtet man nun das Geleß von der Errichtung von Arbeitskammern als gescheitert.

Aus der Geschäftswelt. Deutschland im Zeichen der Zigarette. Unausfassbar ist die Zahl in allen Ländern der Produktion der Zigaretten.

1. Beilage zu Nr. 64 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 16. März 1911.

Der Zehnstundentag in der Tuchindustrie.

Der Arbeitgeberverband der Lausitzer Textilindustrie beschloß die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für die männlichen Arbeiter vom 1. Oktober 1911 ab. Für das weibliche Personal ist der Zehnstundentag seit dem 1. Januar 1910 durch Gesetz festgelegt. Mit diesem Beschluß ist der Widerstand einer Unternehmerrunde gegen den verkürzten Arbeitstag gebrochen, die sich mit jähem Ausdauern dem Verlangen der Arbeiter widersetzt. Der Beschluß verkündet zugleich den Erfolg eines Jähren, von dem Arbeitern durchgeführten, jahrelangen Kampfes. Die Tuchweber gehören zu den Pionieren der Textilarbeiter im gewerkschaftlichen Kampf. In der Tuchindustrie wurden die Entlohnungskämpfe um den Elbstundentag und später um den Zehnstundentag ausgefochten. Im Jahre 1882 wurde der große Weberstreik in Chemnitz an um den 11 stündigen Arbeitstag erfolgreich geführt. Es begann ein Ringen gegen das Übermaß an Arbeit. Im Jahre 1890 wurde der Elbstundentag für Arbeiterinnen durch Gesetz festgelegt. Aber schon 1888 erhoben sich die Tuchweber einer norddeutschen Industriestadt, zum Kampf um die 10 1/2 stündige Arbeitszeit; in Chemnitz wurde gestreikt um die verlängerte Mittagspause. Nach monatelangen Ringen ging der Kampf verloren. Die Unternehmer konnten nicht mehr überlistet werden. Waschi stand gegen Wacht. Viele Hunderte gewalttätige Ausschüsse, die Arbeiterbewegung, damals von der Arbeiterbewegung noch unbekannt, trugen den Gedanken des verkürzten Arbeitstages in die Reihen der katholischen, noch 12 Stunden und mehr arbeitenden Textilfabriken.

Auch in der Lausitzer Tuchindustrie war der 12 stündige Arbeitstag noch anzutreffen. 1895 brach in Magdeburg ein 10 Monate währender Lohnkampf aus. 1896 ging der große Kampf der Lausitzer Tuchweber um den Elbstundentag verloren. Von diesem Jahre ab erhoben die Chemnitzaner Arbeiter die Forderung des Zehnstundentages. Die Unternehmer schenken ihn ab. Im Jahre 1900 forderte der Textilarbeiterverband auf seinem Kongress in Göttingen die Textilarbeiter ganz Deutschlands auf, die gleiche Forderung zu erheben. Im Jahre 1903 ist dann der Kampf der Chemnitzaner Arbeiter um den Zehnstundentag zu verzeichnen. Wieder waren die Tuchweber die Mächtigen des Kampfes. Der Niederlage bedeuert die Entscheidung zu Gunsten der Arbeiter für den Zehnstundentag. Drei Jahre später hatte die Mehrheit der deutschen Textilarbeiter dieses nächste Ziel ihrer gewerkschaftlichen Organisation erreicht. Er war durchzuführen im Falle, im badischen Weiskal, in den preußischen Rheinland und Westfalen, in ganz Nordwest-Deutschland, im sächsischen Wilschleben und in großen Teilen der sächsischen Lausitz und Schlesien. Aber damals sträubten sich die Fabrikaner der Tuchindustrie, die langjährige Forderung ihrer Arbeiter zu bewilligen. Vor 6 Jahren beschloß die Unternehmer-Konferenz, auf Antrag der Arbeiter, den Zehnstundentag einzuführen. Der Arbeitgeberverband aber zwang die Konferenz der Fabrikaner, den Beschluß rückgängig zu machen. Sie bewilligten darauf 10 Stunden und 10 Minuten Arbeitszeit.

Auch die Gewerbeordnungs-Novelle vom Jahre 1910 brachte eine Änderung. Durch ein raffiniertes System der Pausenregelung wurden die Frauen nach wie vor gleich den Männern 11 Stunden vom Hause ferngehalten. Der Unwille der Arbeiter blieb immer mehr. In Chemnitz brachte eine große Bewegung Ende 1909 den reinen Zehnstundentag. Am Anfang des Jahres 1910 faßte eine in Magdeburg tagende Konferenz der Lausitzer Arbeiter, erneut die Forderung des Zehnstundentages zu erheben und die Verbandsgeneralversammlung um die Unterstützung eines solchen Kampfes zu ersuchen. Der Verbandstag übertrug die Sache dem Vorstand. Der Vorstand lagte das Einsetzen des Verbandes zu gelegener Zeit zu. Mittlerweile haben zahlreiche Versammlungen sich mit der Sache befaßt. Nach bei den großen Bewegungen vor 6 Monaten in Borsdorf, Potsdam, Spremberg und Wittenberg wurde die Forderung eine Festschreibung. Stimmig wurde der Kampf um den Zehnstundentag verlangt. Die Konvention machte das unmöglich. Aber die Unternehmer wußten, daß der Kampf sich nicht dem großen Kampfen waren noch nicht vergessen. So wichen die Textilfabrikaner der Lausitz dem Kampf aus und befehligen durch Nachgeben das Kampfobjekt; sie bewilligten den Zehnstundentag. Der Beschluß des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie stellt sich somit als ein Erfolg der Kampfe des Textilarbeiterverbandes dar.

Breslauer Orchester-Verein.

Das vorletzte Abonnements-Konzert brachte ein Programm, das jedem Besucher Konzeptionen machte. An Orchesterwerken hörte man die Freischütz-Ouvertüre, eine liebliche, sehr selten gespielte Sinfonie in D von Mendel und die effektvolle und außerordentlich schwierige, Joachim gewidmete Kapriole von Vivaldi, für Klavier die zwölfte. Unter Leitung des Herrn F. v. D. Doorn gelangten diese Stücke zu eindrucksvoller Wirkung. In der Kapriole hätte man diese und jene Stelle noch etwas kräftiger im Sinne der Bismarckmusik gewünscht. Als Solisten hatte man Wilhelm Bachmann einzeln, einen Pianisten, welcher heute in der allerersten Reihe steht und an d'Albert in dessen Glanzperiode erinnert. Man bewundert an diesem Künstler nicht sowohl die Technik — mehr oder weniger sind ja alle Klavier-Spieler der Konzertsäle heute große Techniker — als das selbst bei größter Schnelligkeit feinfühler, durchsichtiger und plastischer Spiel, die leichte Hand und den prachtvollen Anschlag, der sich fast wie einen roten Ton zuschulden kommen läßt. Das legendarische Stück erklang hier zum ersten Male. Es bietet den Solisten bei großen technischen Schwierigkeiten keine eigentlich dankbare Aufgabe und stellt außerdem an die Gedächtniskraft keine kleinen Anforderungen. Es klingt recht originell und wiederholend an, verflacht aber im Verlauf und enthält ungefähr in der Mitte eine Menge toller Punkte, wo den Komponisten die Erfindung geradezu im Stiche gelassen hat. Gegen den Schluß, der im Verhältnis zu der Dürftigkeit des Inhalts ziemlich lange auf sich warten läßt, finden sich noch einige hübsche Einfälle. — Herr Bachmann, der vom Orchester sehr schlagfertig bealiet wurde, dankte für den klärenden Besatz durch den ideal schönen Vortrag des Ciomoli-Rokkoko von Chopin.

Aus aller Welt.

Die Zeitberichtigung in der Nacht zum Sonnabend, die von dem französischen Parlamente beschlossen worden ist, um die Vereinheitlichung der Weltzeit auch in Frankreich durchzuführen, ist wie schon kurz berichtet, ohne Schwierigkeiten und Zwischenfälle vor sich gegangen. Nachdem bereits am Freitag Nachmittag im Observatorium die Fernzeit von Paris aus festgestellt worden war, wurde um Mitternacht in allen französischen Provinzen die gleiche Zeitberichtigung vorgenommen. Gleichzeitig wurden die Uhren- und Jantenuhren der Bahnhöfe gleich gestellt, während bekanntlich bis jetzt die Jantenuhren 5 Minuten vor den inneren voranliefen. Mit dem beschlossenen Zeitberichtigung wurden sämtliche Uhren in den Stationen, in denen

Der Deutscher Landfriedensbruchprozess.

St. n., 11. März 1911.

Die Verhandlung richtet sich gegen 15 Angeklagte, die von sechs Anwälten verteidigt werden. Rechtsanwalt Heine-Berlin befindet sich nicht unter ihnen, wie zuerst gemeldet wurde. Es sind gegen 100 Zeugen zur Stelle, die aber vorläufig entlassen werden. Die Verhandlung setzt mit der Vernehmung der Angeklagten ein. Der Angeklagte des Bauhilfsarbeiter-Verbandes, Genosse Fröhlich, und der Arbeiter Paul Schulz sind beschuldigt, am 1. Oktober vorigen Jahres einen Mordanschlag auf den Reichspräsidenten zu haben. Der Angeklagte Dreyer soll eine schwere Körperverletzung mit tödlichem Erfolge verübt haben.

Genosse Fröhlich gab eine Darstellung der Lohnbewegung, die zu den der Anklage an Grunde liegenden Vorgängen führte. Als Mitglied der Kommission, die die Tarifverträge für das Grund- und Abbruchgewerbe in Köln zu überwachen hatte, habe er sich an den Unternehmer Totas gewandt, um ihn zur Einhaltung des Tarifs zu veranlassen. Fröhlich betritt, in einer Versammlung gedrückt zu haben: „Wir werden die Waage schon fäubern; wer davon geht, tut es auf eigene Gefahr.“ Er habe vielmehr vom Streik abgeraten, weil nur sechs Mann Unternehmerrückstellungen gewesen seien und habe erklärt: „Wenn Ihr den Streik beschließt, im Jahr auf eigene Gefahr. Ihr müßt dafür sorgen, daß die Waage sauber bleibt.“ Diese Wendung habe selbstverständlich keinerlei gewalttätige Mordintention ausgesprochen. Fröhlich betritt auch, sich irgend einer Mordintention schuldig gemacht zu haben.

Die Anklage behauptet weiter, daß schon in einer Versammlung vom 2. Oktober in Köln aufgefördert worden sei, nach Deutz zu gehen, um die Waage zu fäubern. Fröhlich gab eine eingehende Darstellung der Situation. In einer Vernehmung am Abend des 3. Oktober habe er ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bei der Polizei bis dahin korrekt verhalten habe und die Arbeiter sich deshalb auch keiner Gewalttätigkeiten schuldig machen dürften, damit die Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten erhalte. Die Anklage behauptet nun, von dieser Vernehmung seien die Arbeiter im „Zurmschritt“ nach der Waage gezogen, weil sie dazu aufgehetzt worden seien. Fröhlich trat dieser Behauptung entschieden entgegen; er habe stets zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt.

Die Verhandlung wandte sich dann der Vernehmung der einzelnen Angeklagten zu. Einige geben an, gehört zu haben, daß man sich verabredet habe, nach der Waage in Deutz zu gehen; einer gab zu, gegen Schenkens mit Steinen zu werfen zu haben.

Die Sitzung wurde darauf vertagt.

Arbeiterbewegung.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Das zentrale Schiedsgericht hat jetzt eine größere Anzahl Schiedssprüche gefällt, deren Anerkennung durch die Dispartei allenfalls noch ausbleibt. Zum Teil haben allerdings die Dispartei sich schon vorher mit dem Schiedsspruch einverstanden erklärt.

In Bremen und Chemnitz haben die Versammlungen der Arbeitgeber und der Arbeiter dem Verhandlungsergebnis zugestimmt. In beiden Orten wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In Chemnitz wurde ebenfalls das Resultat der Verhandlungen anerkannt, jedoch auch hier wie in Chemnitz und Stuttgart die Bewegung als beiderseitig gilt. — In Breslau haben die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit trotz dringenden Antrags der Organisationsleitung auf neue abgelehnt. Deshalb und weil die Bremer Differenzen noch nicht erledigt waren, droht der Arbeitgeberverband in der letzten Nummer der „Nachzeitung“ mit der Aussperrung auf der ganzen Linie und zwar auch in den Städten, wo die Einigung schon perfekt und die Dispartei bereits zugestimmt haben. Die inzwischen fortgeschrittenen Verhandlungen des Schiedsgerichts haben für eine Reihe weiterer Städte zu einem Ergebniss geführt, das durch freie Vereinbarung oder aber durch Schiedssprüche zustande gekommen ist.

In Chemnitz haben wir schon mitgeteilt, daß eine Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Wochenstunden am 1. Oktober 1913 eintreten soll. Ein Lohnzuschlag von 2 Pfg. pro Stunde

wird sofort gewährt, 1912 weitere 2 Pfg. und 1913 abermals 2 Pfg. inklusive Lohnzuschlag für eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Lohnveränderungen finden auf die bestehenden Tarifverträge und Tarifverträge Anwendung. Für Hilfsarbeiter und Spezialarbeiter werden die Löhne ebenfalls entsprechend erhöht. Der paritätische Arbeitsnachweis bleibt in seiner bisherigen Form bestehen.

Für Breslau waren nach die Arbeitszeit für die Maschinenarbeiter und die Bestimmungen des Vertrages kritisch. Das Schiedsgericht hat nun entschieden, daß die Arbeitszeit für Maschinenarbeiter, die nach dem letzten Vertrag noch 57 Stunden pro Woche betrug, verkürzt werden soll in den Betrieben in denen sie bis 55 Stunden beträgt, ab 18. März 1911 auf 53 Stunden und in den Betrieben mit über 55 stündiger Arbeitszeit ab 18. März 1911 auf 51 Stunden und ab 15. Februar 1912 auf 53 Stunden. Der Lohnzuschlag trägt der Arbeitgeber. Ab 1. Oktober 1913 tritt auch für die Maschinenarbeiter die 52 stündige Arbeitszeit in Kraft. — Die Kommission entschied ferner, daß der Wortlaut des zwischen der zentralen Kommission vereinbarten Mustervertrages auch für den Vertrag in Breslau anzuwenden ist.

Für Detmold ging der Schiedsspruch der Kommission dahin, daß die gegenwärtig bestehende Arbeitszeit von 55 Stunden ab 1. Oktober 1913 auf 51 Stunden verkürzt werden soll. Diese Arbeitszeit hat auch für die weitere Vertragsperiode Gültigkeit.

Für Eisenach lautet der Schiedsspruch: Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. Oktober 1912 von 57 auf 56 Stunden und ab 1. Oktober 1911 von 56 auf 55 Stunden pro Woche. An Lohnverhöhung wird gewährt: ab 18. März 1911 2 Pfg., ab 15. Februar 1912 1 Pfg., ab 1. Oktober 1912 1 Pfg., ab 15. Februar 1913 1 Pfg. und ab 1. Oktober 1913 1 Pfg. Die Mindestlöhne steigen entsprechend der Lohnverhöhung. — Den Parteien wird anheimgegeben, die Musterverträge als Grundlage zu dem neuen Vertrag zu nehmen.

Für Forst lautet der Schiedsspruch: Arbeitszeitverkürzung ab 1. Juli 1912 von 56 auf 55 Stunden pro Woche, Lohnverhöhung ab 18. März 1911 1 Pfg., ab 1. Juli 1912 2 Pfg., ab 1. Juli 1913 2 Pfg. Lohnzuschlag. Dazu kommen Lohnzuschläge für Montagearbeit und für Nacht- und Sonntagsarbeit.

Für Gersdorf entschied die Kommission, daß eine Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 51 Stunden eintreten soll ab 1. Oktober 1913. Gersdorf gilt damit als gestillt.

Für Jena ging der Schiedsspruch dahin, daß eine Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 55 Stunden eintreten soll ab 1. Oktober 1912. An Lohnverhöhungen sollen eintreten 2 Pfg. ab 18. März 1911, 1 Pfg. ab 15. Februar 1912, 1 Pfg. ab 1. Oktober 1912, 1 Pfg. ab 15. Februar 1913 und 1 Pfg. ab 1. Oktober 1913. Die bereits vereinbarten Mindestlöhne steigen entsprechend den Lohnverhöhungen.

Für Kamenitz tritt eine Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden ein ab 1. Juli 1912, und von 55 auf 51 Stunden ab 1. Oktober 1911. Kamenitz gilt damit als gestillt. Der Mindestlohn wird erhöht ab 15. März 1911 auf 51 Pfg., ab 1. Juli 1912 auf 53 Pfg., ab 15. Februar 1913 auf 51 Pfg. und ab 1. Oktober 1911 auf 55 Pfg. Maschinenarbeiter, wenn dieselben zwei Jahre an den Maschinen beschäftigt sind, werden den Zuschlägen gleichgestellt. An Lohnverhöhung tritt ein ab 15. März 1911 2 Pfg., ab 1. Juli 1912 2 Pfg., ab 15. Februar 1913 1 Pfg. und ab 1. Oktober 1911 1 Pfg.

Für Osnabrück lautet der Schiedsspruch dahin, daß die Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden eintritt ab 1. Oktober 1911 und von 55 auf 51 Stunden ab 1. Oktober 1913.

Für Posen lautet der Schiedsspruch: Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden ab 1. Juli 1913 und von 55 auf 51 Stunden ab 1. Oktober 1911. Diese Arbeitszeit soll auch für Nebelsticker, deren Vertrag noch weiter läuft, Geltung haben. Posen gilt damit als gestillt.

Für Stralsund lautet der Schiedsspruch: Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden ab 1. Oktober 1911, und von 57 auf 56 Stunden ab 1. Oktober 1912. Diese Arbeitszeit gilt bis zum 15. Februar 1917. Lohnverhöhung ab 18. März 1911 1 Pfg., ab 1. Oktober 1911 2 Pfg., ab 15. Februar 1912 1 Pfg., ab 15. Februar 1913 1 Pfg. und ab 1. Oktober 1911 1 Pfg.

Für Wismar entschied die Kommission, daß eine Arbeitszeitverkürzung von 59 auf 58 Stunden eintreten soll ab 1. Juli 1911 und von 58 auf 57 Stunden ab 1. Oktober 1913. Lohnverhöhungen sollen eintreten ab 1. März 1911 2 Pfg., ab 1. Juli 1911 1 Pfg., ab 15. Februar 1912 1 Pfg., ab 1. Oktober 1913 1 Pfg. und ab 1. Juli 1911 1 Pfg.

„Ich habe meine Zeitungen gelesen. Ich weiß, was für Wetter es ist. Ich bin hier, um zu arbeiten.“

Der Mann mit den meisten Fischen. Während der gewöhnlichen Sterbliche mit dem Verfügen von Fischen im allgemeinen keine reinen Lustgefühle verbindet und weiß, je nach seinem Temperamente, mit mehr oder minder großer Laibhaftigkeit trachtet wird, sich der unwillkommenen Insekten zu entziehen, lebt in London ein Mann, der nicht wenig darauf stolz ist, die meisten Fische zu besitzen. Das ist Sir Walter Rothschild, der freilich eine intimere Verbindung mit seinen Pfleglingen ausschließlich vermeidet und dem nur wissenschaftliche Interessen mit seiner Fischekollektion verbinden. Er kann sich rühmen, heute eine Sammlung von mehr als 8000 verschiedenen Fischearten zu besitzen. Aber trotz dieses schönen Reichtums, so erzählt der „Gaulois“, hatte Sir Walter Rothschild bis vor kurzem keine schweren Sorgen; trotz aller Bemühungen wollte es ihm nicht gelingen, einen echten Fischschloß aus den Polar-Regionen seiner Sammlung einzuverleihen. Bis ihm die Entdeckung kam. In einer kanadischen Zeitung ließ er ein großes Inserat erscheinen und zu seinem lebhaften Entzücken empfing er vor einigen Tagen auch richtig eine sorgsam verpackte Kiste, in der drei prächtige Exemplare der so lange vergeblich gesuchten Fischearten waren. In seiner Freude schickte Sir Walter Rothschild dem kanadischen Fischehändler einen Scheck über 2400 Mk. 2400 Mk. für drei Fische — der Fall ist nicht alljährlich.

Das Wachstum der Völker. Einen lehrreichen Überblick über die Zunahme in den Bevölkerungsziffern der Großmächte gewährt ein forden in London erschienenen Blaubuch, das die Ergebnisse der letzten Volkszählungen mit denen des Jahres 1900 vergleicht. Die größte Bevölkerungszunahme hat Russland zu verzeichnen; während man noch im Jahre 1900 insgesamt 135.590.000 Seelen zählte, ergab die neue Volkszählung des Jahres 1910 nicht weniger als 160.095.000 Einwohner des russischen Reiches. Frankreich hat in den letzten zehn Jahren eine nur sehr geringe Steigerung verzeichnen können, die Bevölkerungsziffer ist von rund 39.900.000 auf 39.276.000 gesunken. Bei den übrigen Staaten ergibt der Vergleich der Zahlen des Jahres 1910 mit denen des Jahres 1910 folgende Bild: Spanien hat von 18.607.674 auf 19.045.000, Italien von 32.246.000 auf 34.270.000, Österreich-Ungarn von 45.405.267 auf 47.163.000, Vereinigte Staaten von 76.305.887 auf 85.560.000, Japan von 44.851.000 auf 49.908.000 und Großbritannien von 41.125.000 auf 45.000.000. Der Durchschnittswert der Völker

„Zeit ist Geld. Im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten“, wo jede Minute nutzlos als fliegende Münze betrachtet wird, wendet man oft drastische Mittel an, um sich unelastischer Schwärze zu erwehren. So war ich — also erzählt ein Leser der „Tgl. R.“ — bei einem Besuch, den ich einem alten Geschäftsfreunde, dem Besitzer eines großen Importhauses in New York, abstatte, nicht wenig erstaunt, über dessen Pult an der Wand ein Plakat zu erblicken, das folgenden Wortlaut hatte:

„Zeit ist Geld. Im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten“, wo jede Minute nutzlos als fliegende Münze betrachtet wird, wendet man oft drastische Mittel an, um sich unelastischer Schwärze zu erwehren. So war ich — also erzählt ein Leser der „Tgl. R.“ — bei einem Besuch, den ich einem alten Geschäftsfreunde, dem Besitzer eines großen Importhauses in New York, abstatte, nicht wenig erstaunt, über dessen Pult an der Wand ein Plakat zu erblicken, das folgenden Wortlaut hatte:

„Mehr kann man nicht verlangen! Ein Mitglied der Zeitschmerz war wegen Vertriebes von Flugblättern vom Schöffengericht verurteilt worden, hatte aber Verurteilung eingelegt. In dem vom Verurteilungsgewicht angelegten Verhandlungstermin erschien es jedoch nicht, sondern sandte folgenden Schreiben an dessen Vorstand von einem Leser der „Tgl. Rundsch.“ mitgeteilt wird:

„Werte Herren! Bitte Ihnen erlauben mit, daß ich in der von Ihnen festgelegten Hauptverhandlung nicht erscheinen kann. Gründe Ihnen mein tiefes Bedauern darüber auf. Ich, nichts für ungut, meine Herren, mit Verzeihung, geht ja nichts anderes, denn Hauptverhandlungen und Hauptverhandlungen habe ich in der Zeitschmerz so viele mitternacht, daß sie ihren Reiz für mich verloren haben. Ich und nichts mehr für mich. Aber trotzdem es mir

1875 Lessing fordert Schließung des Allg. Deutschen Arbeitervereins.

Es geht vorwärts!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau hat in den beiden Monaten Januar und Februar 700 neue Mitglieder aufgenommen; ausgeschieden sind während dieser Zeit 206, so daß der Zuwachs an Mitgliedern 494 beträgt.

172 Prozent Kommunalsteuern.

Der Staatsrat der Stadtordnungs-Versammlung kommt in seiner gestrigen Sitzung die Provinzial-Abgaben um 204.000 Mk. Märgen und 50.000 Mk. erhaltene Forderungen in den Etat des Jahres 1911 einbringen.

Provinzial-Landtag.

Als erster Punkt der äußerst reichhaltigen Tagesordnung am Dienstag - sie bestand aus 23 Punkten, die in 1 1/2 Stunden erledigt wurden, - gelangte die Vorlage des Provinzialausschusses über den Etat des Fonds zur Unterstützung des Baues von Eisenbahnen minderer Ordnung - in der Provinz Schlesien zur Verhandlung.

Der Etat für den Landstraßen- und Wegebau für das Etatsjahr 1911 wird genehmigt und in Ermahnung und Zusätze auf je 3.786.064 Mark festgesetzt. Der Antrag des Kreis-Ausschusses Grünberg auf Erhöhung oder anderweitige Verteilung der Provinzialen Landstraßen- oder Wegebaukosten wird abgelehnt.

Zur Regulierung des Dorfbaues in den Gemeinden Rastdorf und Ludersdorf, Kreis Ratibor, wird eine Beihilfe von einem Drittel der Kosten bis zur Höhe von 12.500 Mark aus dem Landesmeliorationsfonds unter der Bedingung in Aussicht gestellt, daß aus Staatsfonds eine mindestens gleich hohe Beihilfe gewährt wird.

Zur Regulierung der Eisenbahn- und Straßenbahnen in der Provinz Schlesien wird eine Beihilfe von einem Drittel der Kosten bis zur Höhe von 18.300 Mark in Aussicht gestellt. Die Etats der Provinzial-Hell- und Pflegeanstalten in Plogwitz, Kreuzburg und Abnau werden darauf festgesetzt.

Die große Frauenversammlung, die am Sonntag Abend als Demonstration für das Frauenwahlrecht im Saale des Gewerkschaftshauses gleichzeitig mit den übrigen Versammlungen im Lande stattfindet, wird mit Freiheitsliedern des Frauen- und Mädchenchor „Froh Sinn“ eröffnet und geschlossen.

Die Arbeiterfrauen und Mädchen Breslaus sollten zu dieser Versammlung so zahlreich erscheinen, daß kein Mann mehr im Saale Platz findet!

Ueber die Zurückführung der Stadtkreise gegenüber den Landkreisen beschwert sich der Breslauer Magistrat in einer Petition. Die Landkreise erhalten aus den Mitteln der Provinzialverwaltung Beihilfen zur Deckung der Kosten des Kreis-Ausschusses und der Amtsverwaltung, die zusammen 345.453 Mark betragen.

Es läuft z. B. aller Willkür zuwider, wenn ober-schlesische Städte mit 20-300 Prozent Kommunalsteuern auf-geboten werden, während die Landkreise nur 14-16 Prozent Steuern auflegen.

Um eine Rechtsprüfung der Frage der Beihilfen durch das Obergerichtsgericht herbeizuführen, hat der Breslauer Magistrat gegen die Grenzziehung der Stadt zur Provinzialumlage für das Rechnungsjahr 1910 Einspruch erhoben und gegen den abweisenden Bescheid des Provinzial-Ausschusses Klage im Verwaltungsstreitverfahren.

Der Arbeitsmarkt in den Industriegebieten weist auch im Februar d. J. wieder eine kräftige Besserung gegenüber dem vergangenen Jahre auf. In Schlesien bleibt der Andrang überaus stark hinter dem des Vorjahres zurück; soweit Berichte aus den größeren Orten der Provinz Schlesien vorliegen, kamen im Durchschnitt auf je 100 offene Stellen im Februar d. J. nur 106,49 Arbeitssuchende gegen 120,61 im Februar 1910.

Zur Eingemeindung von Gräbichen. Die letzte Entscheidung über die Eingemeindung von Gräbichen liegt bekanntlich beim preussischen Landtag. Jetzt wird gemeldet, daß der Gesetzentwurf über die Eingemeindung von der Gemeindeforschungs-Kommission des Abgeordnetenhauses einstimmig angenommen worden ist, so daß die Sache wohl bald erledigt sein wird.

Der nächste Kreisstag des Landkreises Breslau wird Mittwoch, den 29. März, im Dienstgebäude der Kreisverwaltung, Weidenstraße 15, abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Feststellung des Kreishaushaltsetats für 1911, Abänderung der Umlagesteuer für den Landkreis Breslau, Bildung eines Unterstützungsfonds für Kriegsveteranen.

Zur Kirchensteuer werden oft noch Personen veranlagt, die längst aus der Kirche ausgetreten sind. Die angeblich Steuerpflichtigen werden dann von der Steuerverwaltung aufgefordert, ihre Austritts-Bescheinigung vorzulegen, was ihnen auch zu empfehlen ist.

Ueber Reformbestrebungen im Strafrecht sprach Rechtsanwalt Marouse in einer Versammlung der Breslauer Ortsgruppe des preussischen Landesvereins für Frauenwahlrecht, die am 13. März in den Union-Festlokalen tagte.

Als erster Punkt der äußerst reichhaltigen Tagesordnung am Dienstag - sie bestand aus 23 Punkten, die in 1 1/2 Stunden erledigt wurden, - gelangte die Vorlage des Provinzialausschusses über den Etat des Fonds zur Unterstützung des Baues von Eisenbahnen minderer Ordnung - in der Provinz Schlesien zur Verhandlung.

Schadenersatz durch den Arbeiter. Die Fälle häufen sich, wo Arbeitgeber gegen Arbeiter Klage führen und Erbsatz für verursachten Schaden fordern. In der Sitzung des Gewerbegerichts vom 10. März klagte der Monteur Dreßler gegen die Gesellschaft „Aurora“ (Beleuchtungsartikel Gebr. Peter) wegen eines Restlohes von 4,50 Mark.

56.367,178 auf 61.979.000. Es läßt sich bei allen Völkern ein stetes Wachsen der Zahlen beobachten, bei denen Rußland, die Vereinigten Staaten, Deutschland, Japan und Österreich an der Spitze marschieren.

Ein Dampfboot in Ostindien. Kapitän D. Kalkreuth, der Führer und die Mannschaft des Dampfers „Kalkreuth“, die im Hafen von Trincomalee landeten, um Holzschiffe zu entladen, hatten während des Sturmes, der sie gegenüber der Dampferstadt auf ihrer Reise von Trincomalee übernahm, eine Erfahrung, die sie wohl in ihrem ganzen Leben nicht vorhergesehen hatten.

Der verheerendste Hagelsturm. Ueber den Verbleib des Rheinlands nach dem Sturm, der während der letzten Nacht auf dem Dampfer „Dresden“ von Amerika nach Deutschland verkehrt, ist, so heißt die Nachrichtenagentur, keine Vermutung möglich, da ein Selbstmord als wahrscheinlicher begründet werden kann.

Strom nicht ohne einen aus Pech bestehenden Eingangs auf dem Meer. Ein starker Sturm brachte es zu Stande, daß die Stromleitung bei dem Dampfer „Dresden“ von Amerika nach Deutschland verkehrt, ist, so heißt die Nachrichtenagentur, keine Vermutung möglich, da ein Selbstmord als wahrscheinlicher begründet werden kann.

Heldenthat in Singapur. Nach einer Meldung der „Deutschen Kabelgrammgesellschaft“ aus Singapur hat dort der Herr Buntch, der Schwedenspieler Gabriel und der russische Bürgerhals ein Heldentat begangen.

Zum Mordprozess gegen den Wirtschaftselben von der Welt. In dem Prozess gegen den israelitischen Kaufmann von der Welt, der am Dienstag vor dem Schwurgericht in Danzig zum zweiten Male begann - vor anderthalb Jahren war die gerichtliche Verhandlung unterbrochen worden, weil man den Angeklagten erst aus seiner Anwesenheit unterrichten wollte - leitete der Angeklagte nun nach Eintritt in die Verhandlung ein vollständiges Gelächern ab.

Reinhold in Frankreich. Im Dienstag hat in ganz Frankreich ein verheerendes Unwetter gewüthet, das überall großen Schaden anrichtete. In St. Rals hat ein Boot, dessen drei Insassen ertranken. In Havre wurden die Telegraphen- und Telephonleitungen unterbrochen.

schlagen worden. Und auch in Paris tobte ein heftiger Sturm, der heute Morgen gegen 5 Uhr zum Schneestreiben wurde.

Literatur. „Marie-Claire“. Roman von Marguerite Auboy. Deutsch von Olga Wöhler. Eine Aufnahme voll warmherziger Begeisterung, wie sie seit Jahrzehnten keinem anderen Buche zuteil geworden ist, hat in Frankreich der Roman einer armen Näherin „Marie-Claire“ von Marguerite Auboy gefunden.

Versammlungen und Vereine.

Brieg. Kartell. Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr: Sitzung.

Brieg. Wahlverein. Sonntag, den 19. März: Aus- agitation mit Flugblattverbreitung. Materialausgabe Freitag Abends 8 Uhr bei Reichelt.

Schweidnitz. Märzfeier. Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen. Vortrag, Gesang und Regitationen.

Krausch-Loschwitz. Wahlvereinsversammlung. Sonn- abend, den 18. März, Abends 8 Uhr, im Lokal von Hugo May.

Bohraufseifersdorf. Wahl-Verein. Sonntag, den 19. März, Nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung bei Witzmann Marzschal im Gasthof „Zum Waldhaus“. Wichtige Tagesordnung.

Glogau. Wahlverein. Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, bei Schreiber, Taubenstraße 11: Flugblatt- Verteilung.

Liegnitz. Sozialdemokratischer Wahlverein. Donners- tag, den 16. März, Abends 8 Uhr: Mitgliederversamm- lung. Tagesordnung: 1. Der schließliche Parteitag und Wahl eines Delegierten. 2. Unsere Kommunalverwaltung. 3. Verschiedenes Alle Bezirkstribunen müssen in der Versammlung erscheinen

Goldberg. Flugblatt-Verbreitung. Mittwoch, den 15. März, Abends: Materialausgabe bei Genossen Köhler.

Zauer. Wahlverein. Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr: Materialausgabe für die Flugblattverbreitung zur Frauenversammlung.

Schulanke. Soldarbeiter. Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Pagel, Polener- straße.

Am 13. d. Mts., früh 4 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet mein lieber guter Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Maler

Georg Wosnitza

im Alter von 47 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrubt an

Breslau, den 14. März 1911

Die trauernde Witwe.

Beerdigung: Donnerstag, den 16. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wenzel Hanekeschen Krankenhauses nach dem freireligiösen Friedhof, Bunzlauerstrasse. Wagen stehen am Trauerhause Hohenstr. 63 zur Verfügung.

Am 13. d. Mts., früh 4 Uhr, verschied plötzlich unser Kollege und Mitarbeiter, der Lackierer

Georg Wosnitza

im Alter von 47 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Seine Kollegen und Mitarbeiter der Firma G. Trolenberg.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 4 Uhr, vom Wenzel Hanekeschen Krankenhause nach dem freireligiösen Friedhof.

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher, Filiale Breslau.

Am 13. d. Mts. verschied plötzlich unser Kollege und Mitglied, der Lackierer

Georg Wosnitza

im Alter von 47 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Filialverwaltung.

Beerdigung: Donnerstag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr, vom Wenzel Hanekeschen Krankenhause nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde.

Am 13. März verschied plötzlich und unerwartet unser Mitglied, der Maler

Georg Wosnitza

im Alter von 47 Jahren 8 Monaten.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 16. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wenzel Hanekeschen Krankenhauses nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde am Striegauer Platz. Trauerhaus: Hohenstrasse 63.

Am 13. d. Mts. starb plötzlich und unerwartet unser werter Genosse, der Maler

Georg Wosnitza

im Alter von 47 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Der Sozialdemokratische Verein Breslau, Distrikt I.

Am 14. März verschied nach langem, schwerem Leiden unsere liebe, gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, die Frau des Bildhauers, z. Z. Tischler, Wichter aus Pilsnitz

Frau Marie Wichter, geb. Scholz

im Alter von 42 Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Promnitzstrasse 14, nach Cosel.

Am 13. März verschied unser Freund und Verbandskollege, der Klempner

Emil Purschke

im Alter von 38 Jahren an Lungenleiden.

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 16. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von Herzogstrasse 6, nach dem Friedhofe in Oswitz.

Am 12. d. Mts., vormittags 10 Uhr, verstarb plötzlich durch Unglücksfall mein lieber Gatte, unser Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

der Putzer Karl Weiss

im Alter von 40 Jahren 7 Monaten.

Dies zeigt tiefbetrubt an

Die trauernde Gattin nebst Anverwandten.

Tag der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Verband der Maler, Lackierer u. Anstreicher. Filiale Breslau.

Am 12. März verschied unser Kollege und Mitglied, der Maler

Alois Sagante

im Alter von 38 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Filialverwaltung.

Heute früh 5 Uhr entschlief sanft nach langen schweren Leiden mein lieber Bruder, der frühere Tischlermeister

Karl Wolf

im Alter von 37 1/2 Jahren. Dies zeigt tiefbetrubt an

Breslau, den 13. März 1911.

Der trauernde Bruder Paul Wolf nebst Familie.

Beerdigung: Donnerstag, den 16. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes St. Michael am Oswitzer Wege aus. — Trauerhaus: Försterstrasse 6.

Lehrmädchen zur ff. Damenschneiderei können sich melden

Högemann & Runge, Paulstraße 42.

Anna Heckner, Witwe, Blumen- u. Kränzebandlung

Neue Albalberstraße 101, Hof, part.

empfehlen sich zur Anfertigung von Brautkränzen u. Büffetts, Paradedränzen.

Frische Blumen stets im Hause. — Palmen und Saisisen auf Lager.

180 Mark
+ 180 „
+ 180 „
Zusammen **540 Mk.**

können Sie pro Jahr auf Ihrem Unkostenkonto ersparen, wenn Sie statt 3 Schreibmaschinen mit „Englischer Tastatur“ (Umschaltung) 1259

3 Smith Premier mit „Deutscher Tastatur“

verwenden, da

ca. 20% Mehrleistung.

Verlangen Sie bitte von uns Vorführung und Beweis für unsere Behauptungen.

Smith Premier Typewriter Co.

Breslau, Neue Schweidnitzerstrasse 6, Hansahaus.

Telephon 2804.

Alte Frauen

besichtigen meine in bester größter Auswahl, in jeder Preislage vorrätigen

Spülspritzen.

25jährige Erfahrung in dieser Branche.

Samt vor Anlauf losender, wertvoller Anpreisungen.

Kataloge gratis und franko.

Verkaufhaus hygienischer Gummiwaren

A. Kindler, Breslau 102, Jannertstraße Nr. 35.

1 geb. Sing.-Maschine für 18 Mk., 1 geb. Webm.-Maschine für 20 Mk., sehr gut nutzbar, d. Rosenfeld, Neumarkt 1, 631

Geld! auf Pfänder: jeder Art: im konzeffionierten Pfandleih-Institut

von Robert Schmidt jetzt Sternstraße 74.

Gegründet 1888. [1339]

Die Volksschule wie sie ist von Otto Rahlb Preis 30 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteur

Spanier's

Teppich - Haus

nur 631

Reuschestr. 58/59

empfiehlt zu auffallend billigen Preisen

Teppiche

Steppdecken

Tischdecken.

Freie Religions-Gemeinde, E. V. Das Mitglied Herr Georg Wosnitza ist gestorben. [1399

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, v. Wenzel Hanekeschen Krankenh. n. d. Friedhof Bunzlauerstr. Trauerhaus: Hohenstrasse 63. Der Vorstand.

Stadt-Theater. Mittwoch 7 1/2 Uhr: „Soffmanns Erzählungen“.

Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Königskinder“.

Freitag 7 1/2 Uhr: Zum 100. Geburtstag Karl Gutzkow: „Ariel Acosta“.

Sonnabend 7 1/2 Uhr: Singspiel „Margarite Stema.“

Lobe-Theater. Mittwoch 7 1/2 Uhr: „Glaube und Heimat“.

Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Das Musikantenmüßel“.

Freitag 7 1/2 Uhr: „Eigene Liebe“.

Sonnabend 7 1/2 Uhr: „Glaube und Heimat“.

Thalia-Theater. Donnerstag: Grotte K. 2. Vorstellung: „Sof und Schweri“.

Billetverkauf am Tage der Vorstellung von 10-2 Uhr im Stadttheater und an der Abendkasse im Thalia-Theater.

Schauspielhaus Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend 8 Uhr: „Der letzte Gatte“.

Freitag 8 Uhr: „Der Bettelstudent“.

Liebiob's Etablissement. Sensations-Mimodrama va-Banque

7 Korinnas Albert Böhme Pettit Roberts The Jansky's etc. etc. etc.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater Carl Schmitz

in der Buziele: „Die fromme Helene“

Sachen ohne Ende, und die neuen Kunstkräfte.

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend tags gültig.

Zeltgarten Heute Mittwoch:

Bestes Auftreten der brillanten Spezialitäten.

Morgen Donnerstag: Ganz neues Programm.

Palmengarten Abschied

von Puzta - Kinder.

Außerdem: Waldenburger Bergkapelle.

Entrée frei.

„Reformier“ überall käuflich.

Verleih-Institut eleganter Frack.

u. Rock-Anzüge

Chapeau-Clagues

H. Mohaupt

Karlstraße 1, I, Ecke Schweidnitzerstraße (früher Albrechtstrasse.)

Tel. 1301. 6508

Fabrik-Beste! Blusenstoffe unter Preis

durchweg jede Bluse 1,35 Mk.

Alpaca, alle Farben, 120 cm breit, Wert bis 30 Mk. 4.50 für 1,85. 1398

Runschke-Lauben, Schweidnitzerstr. 49, I. Et.

49

Eduard Bernstein: Die Grundbedingung des Wirtschaftslebens.

Preis 20 Pfg. Buchhandlung Volkswacht.

Fast neues Fahrrad in bester Ausführung, Baujahrstraße 77, II. Schermentke.

Möbel

Gute Waren spottbillig mit

Abzahlung

Anzüge

Heberzieher,

Kinderwagen

Anzahlung

Nebensache!

Max Biermann

52 Ring 52, I. Etg. neben der Stadtpf.

Filiale: Waldenburg i. Sgl.

Buch nach auswärts.



Fugelose goldene Trauringe

ohne Lötstelle aus einem Stück gestanzt.

Platzen dieser Ringe ausgeschlossen.

Patent Verfahren. 333 gesetzl. gestemp. Paar 6, 8, 10, 12, 14, 16 M.

585 gesetzl. gestemp. Paar 20, 22, 25, 28, 30 M.

Feingold 830 gesetzl. gestemp. Paar 38, 42, 48, 54, 60 M.

Durch Massenberug u. grossen Umsatz bin ich in der Lage, äusserst billig liefern zu können. 1393

Schriftliche Garantie. Gravieren gratis.

Paul Alter Uhren- u. Geldwarenhaus

jetzt Kupferschmiedestrasse 17 an der Schulstrasse. Daankschreiben.

... mit den gesandten Trauringen bin ich sehr zufrieden, dieselben sind 10 Mark billiger als hier am Platze.

Reinhold Ristow i. K.

Eduard Bernstein: Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens.

Preis 20 Pfg. Buchhandlung Volkswacht.

Fahrräder

in denkbar grösster Auswahl zu allerbilligsten Preisen

Spezialität: Viktoria

Arbeiter - Strapazier - Rad allerersten Ranges

mehrfährige schriftliche Garantie.

Gleichzeitig empfehle ich die in meiner eigenen Werkstatt gebauten

Stabil-Fahrer

auf Rennbahn um 1/2 Sirasse seit Jahren bestens erprobt.

Reparaturen schnellstens u. zu kleinsten Preisen.

Gebrauchteäder von 15 Mk. an

Fritz Killmann Gröbchenstr. 29

Telephon 4084. Sämtliche Ersatzteile sowie Pneumatik aller Fabrikate stets am Lager.

Sozialpolitische Abrechnung im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

147. Sitzung. Dienstag, den 14. März, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Zweite Beratung des Staats für das Reichsamt des Innern.

Die Beratung wird bei dem Titel „Staatssekretär“ mit dem dazu gestellten Resolutionen fortgesetzt.
Abg. Sanfter (Linke): Der Staatssekretär sagte gestern, über die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes herrsche zwischen ihm, der preussischen Zentralbehörde und dem Abgeordneten Müller-Meininger volle Übereinstimmung. Von den unteren Verwaltungsbehörden aber wird das Gesetz anders ausgelegt. Es fehlt vor allem an der nötigen Fühlung zwischen dem Reichsamt des Innern und den preussischen Zentralbehörden; das zeigen auch die Uebergriffe der Schulbehörde, die gestützt auf alte Präzedenzfälle von 1854 und 1869 mit Hilfe der Polizei das Turnen der Jugend bei Sozialdemokraten und Dänen verhindern, und zwar im Widerspruch mit der Gewerbeordnung, wie auch vom Reichsgericht anerkannt ist. Der Staatssekretär sollte es sich angelegen sein lassen, dem Gesetz Achtung zu verschaffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Sanfter (Ztr.):

Im allgemeinen Interesse des deutschen Mittelstandes schweben stets beim Reichsamt Ermüdungen; wir wünschen aber, daß diese Ermüdungen sich zu Gelegenheiten verbinden. Bei der Herstellung von elektrischen Ueberlandzentralen oder man dann statt der großen Firmen die kleineren Installateure mit den Arbeitern betrauen, das liegt im Interesse des Mittelstandes. (Sehr gut! im Ztr. und bei der wirtsch. Bsp.) Dem Abg. Fischer bemerke ich, daß dieser Reichstags sozialpolitisch nicht unfehlbar war, ich erinnere an den kleinen Versuch, das Gesetz gegen den unheimlichen Wettbewerb, das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen — alles Gesetze, die dem Mittelstand zugute kommen. — Der Redner bekräftigt dann die Resolution des Zentrum auf Verschärfung der Vorschriften über die Wandertage und Wanderkautionen und auf Unterdrückung des heimlichen Warenhandels; dem realen Handel, also dem gewerblichen Mittelstand, würde dadurch eine höchst schädliche Konkurrenz gemacht. (Zust. im Ztr. u. rechts.)

Abg. Graf v. Kanitz (konf.):

Es hat mich angenehm berührt, daß Herr Stieffmann gestern ausführte, die nationalliberale Partei stehe geschlossen auf dem Boden der Schutzzollpolitik. Politisch nähern sich auch die Freisinnigen diesem Standpunkt und schaffen so die Vorbedingung für ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien bei den nächsten Wahlen. (Große Heiterkeit links.) Dem Gedanken der nationalliberalen Resolution, die sich gegen die Gefahr einer Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels durch die Standard Oil Company wendet, stehen wir sympathisch gegenüber. Aber über ein etwa in Aussicht zu nehmendes Reichsmonopol sollte man nicht öffentlich diskutieren. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf die zahlreichen Bankbrüche in den letzten zehn Jahren, nicht weniger als 85, richten. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um betrügerische Manipulationen der Bankdirektoren. Wir eruchen um Vorlegung eines Gesetzes, welches das Publikum vor diesen Gefahren zu schützen geeignet ist. Das Publikum sollte sich nicht durch die Sucht nach höheren Zinsen zu unsicheren Anlagen seines Geldes verleiten lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

In wenigen Monaten stehen wir vor Neuwahlen, und deshalb muß der Reichstag den Wählern Rede und Antwort stehen über das, was er auf sozialpolitischem Gebiet geleistet hat. Die Redner der bürgerlichen Parteien scheinen aber dieses Bedürfnis nicht zu fühlen. Herr Nieseberg warf uns vor, wir hätten in der Kommission für die Reichsversicherungsordnung Anträge gestellt, welche die Mehrheit nicht annehmen konnte. Das gerichtet uns nur zum Lob. (Zustimmung bei den Soz.) Der Staatssekretär wies auf die gleichgerichtete Tätigkeit des Reichstages hin. Was ist denn aber mit der Gewerbeordnungs-Novelle? Sie bringt nur, was der Zentralverband deutscher Industrieller gestattete hat, alles übrige hat sie fallen gelassen. Die Regierung hat das Arbeitsamtergesetz nicht etwa fallen lassen, weil der Reichstag keine Zeit hat, sondern weil die Regierung unabhängige Arbeitersekretäre nicht in den Reichstagskammern haben will. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär rühmt die Entwicklung der Gewerbeaufsicht. Sie hat das geführt, die Gewerbeaufsichtsbeamten zu knebeln und ihnen den Mund zu stopfen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zur Förderung von Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamte in Reichsbetrieben wurden vor zwei Jahren noch 4 Millionen Mark in den Etat gesetzt, im vorigen Jahr nur 2 Millionen, aber der Staatssekretär erklärte, es ständen noch 2 Millionen zur Verfügung, im ganzen also doch 4 Millionen. Jetzt sind diese ausgebraucht, und trotzdem sind wieder nur 2 Millionen in den Etat eingelegt, und in der Budgetkommission erklärte Freiherr von Hertling, für diesen Zweck sei aber nicht mehr Geld vorhanden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sagt der Redner der Partei, die für die neue Seereservelage 141 Millionen übrig hatte. (Sehr gut! bei den Soz.) Ueber die Arbeitsverhältnisse der Angestellten in Kontoren sind von 1901 bis 1903 Erhebungen angeestellt, und auf Grund derselben verlangt der Reichstag für Arbeiterstatistik eine höchstens vierstündige Arbeitszeit. Geschehen ist in dieser Richtung nichts. Genui steht es mit der Handelsinspektion. Es besteht noch nicht einmal der gesetzliche Fortbildungsplan. Im Jahre 1907 erkannte der Staatssekretär Dr. Niedeberg an, daß die Konkurrenzkauf für Handelsanstellungen und Techniker geändert werden müsse. Heute will der Staatssekretär noch einmal in Erwägung eintreten. (Hört, hört! bei den Soz.) Einstimmig verlangte der Reichstag, daß im § 63 des Handelsbuches das Recht der Anstellungen im Krankheitsfall sechs Wochen Gehalt zu beziehen, sichergestellt werde. Aber die Regierung weigert sich und bleibt in dieser Frage fest. Gardest es sich doch nur um Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ueber die Sanitätsverwaltung des Vereinsgesetzes wird ein anderer Redner der Fraktion sprechen. Erwähnen will ich aber hier doch das

Vorgehen gegen die proletarische Jugendorganisationen.

Die sogenannten christlichen Jugendorganisationen kreiden ungehindert Politik ohne jede Verbrämung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Kein Staatsanwalt pflegt danach, aber gegen die Organisationen der proletarischen Jugend geht man vor, man schikaniert sie, man löst sie auf, auch wo sie gar nicht bestehen. Wie sind wir dazu gekommen, die proletarische Jugendorganisation ins Leben zu rufen? Ganz einfach, weil die bestehenden sogenannten „christlichen“, „nationalen“ Organisationen zu reaktionären Zwecken mißbraucht werden oder aber ganz ungenügend die Aufgabe der Bewahrung der Jugend vor sittlichen Gefahren erfüllen.

Verschiedene Staatsredner haben in dieser Debatte wieder das alte Lied vom Terrorismus der Arbeiter gesungen. Ich leugne nicht, daß es auch einzelne Fälle vor sich kommen. (Hört, hört! rechts.) — Ja, meine Herren, was wollen solche vereinzelte Fälle sagen? Die verantwortlichen Stellen in der Arbeiterbewegung sind auf alle Weise bestrebt, solche bedauerliche Entgleisungen zu unterdrücken und die Arbeiter zur Selbstbeherrschung zu erziehen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) — Aber die Leute, die fortgesetzt über sozialdemokratischen Terrorismus zeterieren, sollten lieber ihrerseits für Abstellung des unerhörten, täglichen, ständigen Terrorismus sorgen, der von Staat und Unternehmern verübt wird. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Werden nicht die Arbeiter in Staatsbetrieben sogar verhindert sich Konsumvereinen anzuschließen? (Hört, hört! bei den Soz.) Werfen nicht

Lehrer mit Entlassung bedroht.

nur weil sie in Versammlungen gewesen sind, in denen ein Sozialdemokrat das Wort ergreifen hat? (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Und wenn der Herr Richter, der hier so heuchelnd über den angeblichen Terrorismus der Generalkassen gelaugt hat, sich einmal umsehen möchte, so würde er bald selber in seinem Säckchen eine Reihe von Fällen von Unternehmerterrorismus entdecken, die Ähnlichkeit mit Entlassung haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Also, meine Herren, tragen Sie selbst erst vor Ihrer Tür, ehe Sie mit Klagen über anderer Leute Terrorismus kommen. (Lebh. wiederholte Zustimmung bei den Soz.)

Der Staatssekretär hat sich bemüht, die Anklagen meines Freundes Fischer zu widerlegen und hat den Stillstand der Sozialpolitik bestritten. Die bürgerlichen Redner sekundierten dem Staatssekretär, und Herr Tresemann ergriff die Gelegenheit, das die Unternehmer die Arbeiter zwar nicht mehr verhungern, aber doch hungern lassen. Das ist aber willkürlich mindestens zurzeit noch der Fall, beweist ein unerschütterliches Dokument: die amtliche Begründung der Reichsversicherungsordnung. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Wie hat das Zentrum sich mit der Witwen- und Waisenversicherung geäußert, mit der es dem Zollwächter verdrämt hat. Und was wird, vorausgesetzt, daß überhaupt etwas zustande kommt, (Heiterkeit u. Sehr gut! b. d. Soz.)

für die Witwen und Waisen heraussehen?

(Stelle des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Die Einzelheiten der Reichsversicherungsordnung sind doch nicht beim Etat des Reichsamts des Innern zu erörtern. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts, Widerspruch b. d. Soz.)

Abg. Hoch (fortfahrend): Die Witwen- und Waisenversicherung bezw. ihre Durchführung gehört allerdings zur Sozialpolitik bezw. zur Reichsversicherung und diese gehört zum Ressort des Staatssekretärs des Innern (Heiterk. u. Zust. b. d. Soz.) Ich habe somit sehr wohl das Recht, an dieser Stelle darüber zu sprechen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Die Privatbeamtenversicherung ist versprochen worden, alles Mögliche ist versprochen oder nicht gehalten worden. Dieser Reichstag hat sozialpolitisch völlig versagt. Dabei wurde im Wahlkampf Erfüllung sozialpolitischer Forderungen in erster Linie zugesagt, und in dem neu aufgestellten Reichstage sang man dasselbe Lied. Man wolle ja

die Arbeiter vor der Sozialdemokratie retten.

Geschehen ist aber nichts. (Erregter Widerspruch des Abg. Behrens.) Die Organisationen centers anders darüber, Herr Behrens, der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der Schad-Verband hat im Januar 1910 den sozialpolitischen Stillstand beklagt. Man kann aber auch den Leuten des Herrn Schad nicht mehr das Blaue vom Himmel herunter vorlesen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im 15. August 1910 brachen die Schad-Leute von der „Neuen Reorganisation und Postum-Kloster“, die sich in Deutschland der Gemüther bemächtigt, weil eben die Sozialpolitik im Handelsgewerbe völlig versagt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Eine richtige Würdigung dieses Stillstandes ist nur möglich, wenn man die Entwicklung des Großkapitals betrachtet. Es ist demnach anzunehmen, daß es für die Sozialpolitik nicht unbeachtet bleiben kann.

Die Tiefbetriebe

Haben sich seit der Gewerbe- und Betriebszählung von 1905 bis zu der von 1907 von 208 mit 408.776 Arbeitern und 562.741 Pferdekräften, auf 385 mit 987.467 und 832.172 Pferdekräften vermehrt; während die Zahl aller Betriebe um 10,6 Prozent gewachsen sind, sind die Kleinbetriebe um 85,1 Prozent gemindert, (Hört, hört! bei den Soz.) die Arbeiterzahl im ganzen ist um 43,3 Prozent gestiegen, die in Großbetrieben um 141,6 Prozent. (Hört, hört! bei den Soz.) die Zahl der Pferdekräfte um 190 Prozent, die in den Großbetrieben um 231,6 Prozent. (Hört, hört! bei den Soz.) Was das bedeutet, zeigt sich in der Bereinigung des Geldes in den Großbetrieben und in der Bereinigung der Kleinbetriebe zu Kartellen. Die Berliner Großbanken arbeiten mit einem Kapital von 5 Milliarden, die Deutsche Bank hatte im letzten Jahre einen Umsatz von 112 Milliarden. Selbst die Deutsche Tageszeitung, das Organ des Bundes der Landwirte schreibt, um der Sozialdemokratie nicht einen Finger zu geben, leugne man den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der aber besteht: Raum und Börse haben unsere Industrie in der Hand und beherrschen den Kredit. Die Syndikatsbildung nimmt zu. Für die Kleinbetriebe bedeutet diese Entwicklung eine erniedrigende Anwesenheit. Das sagt das Organ des Bundes der Landwirte. (Hört, hört! bei den Soz.)

Was soll gegen die Entwicklung geschehen, wird gefragt. Wir haben es hier

ernstlich mehr mit einer Privatwirtschaft

zu tun, nur einige wenige Gebiete über die ungeheuren Mittel dieser Wirtschaft, zum Schaden der Gesamtheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Diese wenigen betreffen den Staat lediglich als Organisation zur Ausbeutung der arbeitenden Klassen. Glauben Sie, Herr Graf von Kanitz, mit einer Moralpredigt dem Publikum die Gewinnsucht austreiben zu können, die sich nicht mit den Erträgen sicherer Staatspapiere begnügen lassen will, sondern nach hohen aber darum auch sicheren Gewinnen schmachtet. Das Unterfangen, den Kapitalismus zu wollen, ohne seine Hegeerzweigungen, ist zur Fruchtlosigkeit verurteilt. (Sehr wahr! bei den Soz.) In der Rede des Staatssekretärs war vielleicht das, was sie nicht enthielt, noch interessanter, als das, was sie enthielt. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Der Staatssekretär schweigt zu den von berechtigten bürgerlichen Parteien geäußerten Wünschen nach einer Abwägung der Gewerkschaften. Ich will zu Ehren des Staatssekretärs annehmen, daß er aus einem gewissen Scham- und Anstandsgefühl heraus zu diesen Wünschen schweigt, daß er sie nicht der Wiberlegung auch für würdig hielt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Genui schwingt der Staatssekretär sich aus über die doch wirklich sehr interessante

Kalt-Angelegenheit.

die seit einigen Tagen nun schon die Budgetkommission beschäftigt. Die Anwesenheit zeigt auf eine, daß, wenn Kapital und Staat

zusammenkommen, das Syndikat es ist, das den Vorteil davon trägt, nicht der Staat. (Sehr wahr! links.) — Die Parteien der Rechten schiden, wie es scheint, mit Vorliebe Handwerksmeister als „sozialpolitische Redner“ vor. Die Hoffnung, irgendwelche erblichen Teile der Arbeiterchaft für sich einzufangen, haben die Parteien wohl schon aufgegeben; umso kampfthaler suchen sie die Handwerker, die ihnen noch folgen, bei ihren Häusern festzuhalten. Wie lange ihnen das noch gelingen wird, steht dahin. Auch in den Kreisen der Handwerker, des Mittelstandes beginnt es allmählich zu klingen, Herr Vint! (Sehr gut! b. d. Soz.) Auch dort wird man es allmählich spüren, sich als Vorwand für kapitalistische und agrarische Interessen mißbrauchen zu lassen. Auch im Mittelstande bricht sich immer mehr und mehr die Ueberzeugung durch, daß allein die Arbeiterklasse die Gewähr gegen eine Unterjochung des ganzen Volkes durch den Großkapitalismus bietet. Darum auch die heftige Wut der Schatzmacher, der Bued und Konsorten, gegen die organisierte Arbeiterklasse. Darum die Bestrebungen, die Arbeiterchaft zu knebeln, die Gewerkschaften zu zerstreuen. Darum die Angst vor dem Erwachen der Landarbeiter, darum der rechts- und gesegneten Regimentszwang, den mit hohem staatlichen Privileg die Reichsarbeiterzentrale ansieht. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Die Sozialdemokratie kann allen diesen kampfthaler Anstrengungen ihrer Gegner mit Entschlossenheit zusehen. Sie weiß, daß alle Anschläge der Schatzmacher zum Scheitern bestimmt sind. Die so sehr gepriesene Volkswirtschaft Deutschlands hat zur Voraussetzung eine

intelligente, geschulte, selbstbewusste Arbeiterchaft.

Mit einer verstaatlichten Volkswirtschaft läßt sich keine moderne Industrie aufrecht erhalten. Der Kapitalismus selbst schafft die Vorbedingungen seiner Beilegung, seines Trages durch eine andere, höhere Gesellschaftsform. Der Kapitalismus kann selbst nicht der intelligenten Arbeiterchaft entziehen. Die ganze Kultur steht auf dem Spiele, wenn die Anschläge, die Knebelungsversuche der Schatzmacher mit Erfolg gescheitert sein würden. Aber die Kultur der Arbeiterchaft steht zu hoch, als daß ein solcher Erfolg zu fürchten wäre. So können wir Sozialdemokraten mit Ruhe dem gegenwärtigen Treiben zusehen. Inbeim wir die Interessen der Arbeiterchaft vertreten, vertreten wir die wahren Interessen der Kultur, vertreten wir die Zukunft der Nation. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Dem Vortrager war interessant in meinen Ausführungen, was ich nicht gesagt habe, und da vermügte er, daß ich nichts darüber gesagt habe, daß ich beim Zentralverband deutscher Industrieller zu Gast geladen war. Was geht denn das Parlament an? (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Fischer schloß aus dem Umstand, daß Herr Bued zwischen mir und dem Handelsminister saß, auf vollständige Abhängigkeit der Regierung von dem Zentralverband. (Große Heiterkeit.) Das ist doch eine laienhaftige Beweisführung. (Zustimmung rechts.)

Was auf sozialpolitischem Gebiet geschehen ist, ist auch nicht von Ihrer (zu den Soz.) Seite geschehen. (Abg. Stadthagen (Soz.): Alles Vernünftige ist von uns angeregt! Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Mit den Parteien, mit denen ich gelegentlich diniere, bin ich einig darin, für die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Bedingung des ganzen Volkes, in erster Linie der Arbeiter zu sorgen. Wenn anders verstanden Sie denn auch unsere Kultur, als dem uneigennütigen deutschen Staat. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Gar manchmal sagt man mir, „wenn Ihr nicht so ständig an der Kultur und Verbreitung der Intelligenz gearbeitet hättet, so hättet Ihr nicht mit den Schwelgerei zu kämpfen“. (Zuruf bei den Soz.: Wer sagt das?) Leute, die mit der Vollenpolitik der preussischen Regierung nicht einverstanden sind. Das Maß von Bildung im Volke, die Fähigkeit zum Lesen und Schreiben, die Möglichkeit, physikalische und technische Probleme zu verstehen, ist etwa zurückzuführen auf die Fürsorge des Reichs- und der Bundesstaaten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Legende muß zerstört werden, als wenn diese Kultur in erster Linie Ihr Werk (zu den Soz.) wäre. Es ist in erster Linie Werk des Staates. (Lebh. Zustimmung rechts.) Der letzte Reichstag hat uns ein außerordentliches liberales Vereinsgesetz gebracht. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Daß einzelne Mißgriffe vorkommen, ist ja ganz selbstverständlich. Die Ausdehnung der Staatsaufgaben liegt im Zuge der Zeit; die Staatsanmacht bedeutet das Grab der individuellen Freiheit und damit der Kultur. (Lebh. Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Ich lasse mich von niemandem die Richtlinien meiner Amtsführung vorschreiben, aber politische Meinungsverschiedenheit hindern mich nun nicht, mich mit jemandem an einen Tisch zu setzen. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) Sollte eine „Vollständiger Untersuchung über meine Tätigkeit“ (Erneute Heiterkeit.) mich nicht hindern, die berechtigten Interessen der Industrie so gut, wie die anderer Stände zu vertreten. (Bravo!) Redner wendet sich nunmehr den Ausführungen des Abg. Graf Kanitz zu, beklagt wie dieser die Vorkasse, erklärt aber doch man von der Gesetzgebung oder von verärfelter Staatsaufsicht nicht allzu viel erwarten darf.

Abg. Wieland (fortsch. Bpt.):

Man kann nicht so ohne weiteres von einem allgemeinen Rückgang des Handwerks sprechen. Auf manchen Gebieten wird das Handwerk zurück erblüht, dafür gewinnt es anderswo Boden. Die Klagen über den Ausverkauf der Betriebe sind vielfach übertrieben und dasselbe gilt von den Klagen über Stillstand von Sozialpolitik. Die fortschrittliche Volkspartei wird stets für die Interessen des Handwerks eintreten. (Beifall links.)

Abg. Freierich von Camp (Kpt.):

Der Abg. Hoch hat wieder einmal die Sozialpolitik unterwerfen. Aber die deutsche Arbeiterchaft dankt dem Deutschen Reich unendlich viel und ebenso dem so arg geschwächten preussischen Staat. (Zust. b. d. Soz.) Von beabsichtigten Ausnahmegeräten, von neuen der Abg. Hoch sprach, ist mir nichts bekannt. Ein Arbeitsvertrag wäre kein Ausnahmegerät. (Lachen bei den Soz.) Ein solches Gesetz wäre dringend notwendig. Der Staatssekretär möchte sich doch einmal auf dieser Frage äußern. Wie lange soll noch die harnischschreiende Mißhandlung der Arbeitswilligen und die gewerliche Vorkriegsmachung von Familienkassen geduldet werden? (Bravo! rechts.) Zuruf bei den Soz.) und der Unternehmerterrorismus? Es ist nicht wahr, daß wir Schatzmacher (Sehr gut! bei den Soz.) Gegner der Privatbeamtenversicherung sind. Allerdings müssen die Klassen, die die Industrie und Handelsbetriebe selbst errichtet, selbst erhalten bleiben.

Die Frage der Tarifverträge ist noch keineswegs gelöst. Man muß die weitere Entwicklung dieser sehr schwierigen Frage abwarten. Von einer sozialen Erwähnung in Deutschland kann gar keine Rede sein. Ein Etat in der sozialen Fürsorge hat mehr geleistet als das Deutsche Reich. (Wiederholte Zustimmung.) Es ist für die Gesundheit der Arbeiter. Nur auf dem Gebiet der Wohnungsreform könnte mehr geleistet werden. (Sehr richtig! links.) Das Wohnungsproblem ist in der Tat noch viel erregender. Wenn ganze Familien zusammengepresst werden in wahren Kellerkellern ohne Licht und Luft, so müssen daran all unsere Vorstellungen aufgegeben werden und stattdessen die richtigen Arbeiterhandes Mittelern. (Bravo!)

Der letzte Ausschuss des Reichstages kann ich mich nur anschließen. Die Resolution des Reichstages auf Förderung des Tarifvertrages...

Um die einzelnen Fälle kann sich der Reichstag natürlich nicht kümmern, aber aus der Reichsarchiv folgt doch die Notwendigkeit einer Verständigung...

Staatssekretär Desbrières

Die Reichsarchiv für Tarifverträge, soweit sie notwendig und möglich ist, besteht heute schon. Es wird regelmäßig alles publiziert...

Abg. v. Strombeck (Zentr.)

man hat sich gegen die Resolution auf Beschränkung des Hausvertrages und erklärt, daß mehrere Fraktionsgenossen ebenfalls gegen diese Resolution sind...

Preussisches Abgeordnetenhaus

48. Sitzung, Dienstag, den 14. März, Vormittags 11 Uhr.

Das Abgeordnetenhaus erwählte am Dienstag die Regierung die untergeordneten Organe auf die verordnete Errichtung von Schulen für Schwachbegabte Kinder...

Weiter beschäftigte sich das Haus mit den Finanzangelegenheiten die sich eine große Mehrheit fand, und endlich ging man zur Beratung des Beschlusses von einer Million Mark für die Jugendpflege über...

Nach fünfstündiger Debatte wurde die Sitzung auf den Abend vertagt.

Abendigung vom 14. März

Am Ministerium v. Droßigau Solz. Vizepräsident Dr. Forisch eröffnet die Sitzung um 7 1/2 Uhr. Anwesend 24 Abgeordnete.

Die zweite Lesung des Kullmetalls wird fortgesetzt beim Titel "Beihilfe zur Veranschaulichung Mittel für die Fürsorge der männlichen Schulmädchen Jugend".

Abg. v. Schenkendorff (natl.): Die beschriebenen Vorarbeiten für die Pflege der schulpflichtigen Jugend sind unzureichend. Es ist für die Verantwortlichkeit ganz unzureichend...

Abg. Dr. Fleiß (Natl. Fr.): Wir begreifen die Unterstützung der jugendlichen Fürsorge. Aber wie die Millionen angewandt sind, muß sich erst zeigen...

Minister v. Stöltz zu Solz: Wir wollen die Jugend zu richtigen Menschen heranbilden in geistiger und körperlicher Hinsicht. Alle Fehler auf diesem Gebiete können wir nicht vermeiden...

Abg. Strobel (Soz.): Die Schulen können in ihrer verbliebenen Anzahl gar nicht zu helfen, um was es sich hier handelt. Außerdem soll unterstützt werden gegen moderne Volkserziehung...

Präsident v. Brühlert bittet den Redner, auf das eigentliche Thema Jugendpflege zu kommen und nicht auf die der Natur unzureichende Organisation zu verweisen.

Abg. Strobel (Soz.): Die jugendliche Jugend muß von der Polizei geschützt werden. Die Schulen können die Jugend nicht schützen, die Eltern können die Jugend nicht schützen...

Präsident v. Brühlert: Ich muß Sie zum letzten Male zur Debatte und nicht auf die Fragen des letzten Debatteabendes zurückkommen.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. (Lachen.) Morgen Mittwoch 11 Uhr: Rest des Etats. Schluß der Sitzung 11 Uhr.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete

Streßen, 15. März. Einbruch - Diebstahl. Der 15-jährige Lehrling des Uhrmachers Schmidt ließ sich beim Ladenbesuch unbemerkt in das neben dem Laden stehende unbefestigte Fenster einschließen...

Fischberg, 15. März. Der Jüdischer Mangel steht immer weiter an. Man ist schon wieder ein Hotelgast in Bräunberg angekommen worden. Aus dem Kiegnitz wird gemeldet: Auf die Verhaftung der Kriminalpolizei Leipzig...

Mühlhausen, 15. März. Feuert. Montag Abend gegen 10 Uhr brach hier Feuer aus. Es brannten zwei Wohnungen oberhalb der Bahn auf der Straße nach Langwasser nieder...

Siegen, 15. März. Die Aussperrung der hiesigen Bauarbeiter dauert in unveränderter Weise fort. Trotz verschiedener Anstrengungen ist es den Aussperrungsbürokraten bislang nicht möglich gewesen...

Siegen, 15. März. Tödlicher Absturz. Der Schneidermeister Karl Richter, Innerstraße 66b, war schon seit einem Jahre krank...

Panitzsch, 15. März. Leichenfund. Dieser Tage wurde durch einen Arbeiter Stellenarbeiter unweit unseres Dorfes in der Roggen die Leiche eines Mannes aufgefunden. Der Körper war bereits stark in Verwesung übergegangen...

Aus Oberschlesien

Oppeln, 14. März. Ein Reisfall des Sachbearbeiters. Am Sonntag fand im neuen Gewerkschaftshaus Karlsstraße Nr. 3 die erste öffentliche Volksversammlung statt...

Oppeln, 15. März. Schwere Verunglückung. Der Lokomotivführer Brühl, bei dem Einfahren in die Station zum Hauptbahnhof Oppeln und mit dem Kopf an eine Telegraphenstange anschlagend...

Oppeln, 15. März. Revolte im Gefängnis. Im Gefängnis in Oppeln ca. der russisch-polnischen Gruppe entstanden Unruhen. Zwei Russen und sechs Polen...

Oppeln, 15. März. Entführungsfälle. In der letzten Nacht wurde der Postkutschmann bei der Abfuhr von 140000 Mk. (1. Post 417500) entführt...

Oppeln, 15. März. Diebstahl. In der letzten Nacht wurde der Postkutschmann bei der Abfuhr von 140000 Mk. (1. Post 417500) entführt...

Oppeln, 15. März. Diebstahl. In der letzten Nacht wurde der Postkutschmann bei der Abfuhr von 140000 Mk. (1. Post 417500) entführt...

Das 11. He. Entschädigung an die Pflanzung. Die Erzeuger der Meierei, die Arbeiter, erhalten im günstigsten Fall ein Wort der Anerkennung für „sehr geleistete Dienste“...

Gleitwitz, 15. März. Opfer der Vertrauensstellung. Ein Invalide, der vom Dorfe nach der Stadt gekommen war, um sich dort in die Rechtsangelegenheiten zu holen...

Gleitwitz, 15. März. Räuberischer Überfall. Montag Abend ist der aus Glatz-Jäger auf der Chaussee von Gleitwitz nach Hauke gehende Glatzarbeiter Cimander von drei Leuten angefallen...

Gleitwitz, 15. März. Gefährliche Verhaftung. Am Sonntag Nachmittag hatte der Polizeikommissar Sch. in Rungenbork einen fleißigen verfolgten Mann festgenommen...

Boguski, 15. März. Vergiftete Röhre. Unter Vergiftungserscheinungen erkrankten vier Mitglieder der Arbeiterfamilie Pytel nach dem Genuß von Kartoffelkuchen...

Boguski, 15. März. Kampf zwischen Soldaten und Volksgenossen. Hier kam es am Sonntag Abend zu einem großen Krach zwischen mehreren betrunkenen Menschen...

Mysłowice, 14. März. Aufmerksame Verwandtschaft. Die gütlichen Verwandten, so könnte man eine Schlägerei bezeichnen, die sich am Donnerstag früh in einem auf dem Ringe befindlichen Geschäftsbüro abspielte...

Mysłowice, 15. März. Moderner Menschenhandel. Auf den beiden hiesigen Grenzämtern, von denen das eine galizische und polnische Arbeiter für die Industrie...

Table with 4 columns: Ort, 1908, 1909, 1910. Rows include Oppeln, Gleitwitz, Boguski, etc.

Briefkasten

C. R. 174. Wenden Sie sich an das kaiserliche Patentamt in Berlin, dem Sie eine Zeichnung und Beschreibung in doppelter Ausfertigung einreichen müssen...

F. O. 29. 1. Lassen Sie die Wohnung von einem Arzt untersuchen; erklärt er sie für gesundheitsgefährlich, dann können Sie sofort ohne vorherige Kündigung ansuchen und brauchen keine Miete zahlen...

Streckende, Gdörf. 1. Die Miete muß bis Ende Juni 1911 gezahlt werden. 2. Wenn der Vater nicht mehr Mitglied der Kasse war, muß nicht freiwillig, wie im Statut steht, gezahlt werden...

Streckende, Gdörf. 1. Wenn das Mädchen getraut hat, kann ihm das Brautgeld nicht vom Vater abgezogen werden. 2. Da der 1. April 1911 ein Sonntag ist, ist der Sonntag für Dienstmädchen der 1. April. (§ 42 des Grundgesetzes)

Manipulation des Geldes.

Am 100. Geburtstag Carl Schurz (17. März.)

Carl Schurz wurde am 17. März 1811 in Weimar geboren. Er gehörte zu den Männern, die schon durch ihre geistige...



Karl Ferdinand Gutzkow

Gutzkow hat am 10. Dezember 1878 in Easton, New York, gelebt. Die Weltanschauung des Mannes...

Die Weltanschauung des Mannes, der sich nicht nur als Schriftsteller, sondern auch als Politiker und Philosoph verstand...

geistigen Weltanschauung, die ihn zur Rhetorik hinführte, bevor sie sich in die Form der Dichtung ergoß...

Die Weltanschauung des Mannes, der sich nicht nur als Schriftsteller, sondern auch als Politiker und Philosoph verstand...

Die Weltanschauung des Mannes, der sich nicht nur als Schriftsteller, sondern auch als Politiker und Philosoph verstand...